

Der Textil-Arbeiter

Vereinigt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Quartalsjahr
4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post
das Versandgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 II
Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

Inserate pro 3 gesetzte Petzelle 2 Mk. — Alle Inseraten,
Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Zehms,
Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

Auflage: 107000 Exemplare

Inhalt:

Unsere internationale Verbindung. — Die Hausarbeit in der Textilindustrie in Baden. (II) — Die Begründung des Urteils in dem 9000 Mark-Prozeß der Baumwollspinnerei Liebschütz gegen den „Textilarbeiter“. — Geht hin und tuet dassgleichen! — Himmelstrebendes aus Schlesien. — Erste Gaulkonferenz für Brandenburg, Mecklenburg und Pommern. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. — Aus dem Reichstage. — Vermischtes. — Münzstände im Textilgewerbe. — Berichte aus Sachsen. — Briefstücken. — Bekanntmachungen. — Eine Kartenschlager und Lauterkinnen der Kreis-Geraer Branche. — Totenliste. — Streitfallstafel. — Versammlungs-Kalender. — Anzeigen. — Genuilleton: Fachgewerbliche Münzbau. — Wirtschaftliche Münzbau.

Unsere internationale Verbindung

hat einen weiteren Schritt zu ihrer Fortentwicklung gemacht, nämlich die Herausgabe einer vierteljährlich erscheinenden internationalen Correspondenz beschlossen. Dieser Beschuß wurde auf einer internationalen Konferenz gefasst, die am 8. und 9. April in Basel tagte und an der von deutscher Seite Wagener und Hössler teilnahmen. Österreich war durch Hannusch und Hitzel, die Schweiz durch Egger und Jenny, England durch Chaderton und Schenckendorff, Frankreich durch Marcellin, Italien durch Vito und Monzoni, Deutschland durch von Rath, Belgien durch Samyn und Roggeman vertreten.

Sonst auf der vorherigen Konferenz in Berlin (1906) war von deutscher Seite die Herausgabe eines internationalen Korrespondenzblattes beantragt worden, doch kam es da nur zu dem Beschuß, daß der Sekretär nur zu veröffentlichten brauchte, was ihm zu diesem Zwecke von den einzelnen der internationalen Verbindung angehörenden Ländern eingesandt werden würde. Das hat er auch stetsgemäß veröffentlicht, jedoch auch keine Zeile mehr. Der Inhalt dieser Broschüre setzte sich zusammen aus Informationen über die Organisationsverhältnisse in den verschiedenen Ländern und zum Teil auch über die soziale Lage der Textilarbeiter in denselben. Das ist gewiß alles recht wissenschaftlich und von bleibendem Wert, allein es bringt den anderen, mehr aktiellen Bedürfnissen zu wenig Rechnung; die Organisationen der verschiedenen Länder müssen fortlaufend über die Bewegung und deren Erfolge in den einzelnen Ländern gegenseitig informiert werden, wenigstens muß das hinsichtlich jeder Bewegung geschehen, die von mehr als nationalem Interesse ist. Und von solchem Interesse ist bei dem internationalem Charakter der Ausbreitung der Arbeiter seit langer Zeit schon jede Bewegung, die geeignet ist, die Lebenshaltung auch in einer Branche unserer so viel vergleichbaren Industrie zu berühren, d. h. jede Bewegung, deren Ziel die Abwendung von Verschlechterungen oder die Erreichung von Verbesserungen ist. Und die Hauptfache dabei ist, daß den Textilarbeitern aller Länder dieses Ziel selbst vor Augen geführt wird, und zwar unter anschaulicher Vorführung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der betreffenden Arbeiterklasse, die dabei mit denen der Arbeiter derselben Kategorie in den mitteleuropäischen anderen Ländern zu vergleichen sind. Diese Aufgabe zu lösen ist nicht leicht, aber auch nicht unmöglich. Und das einzige Mittel dazu scheint uns eine internationale Textilarbeiterkorrespondenz zu sein. Mit ihrer Hilfe können wir und unsere Kollegen im Auslande in die Lage versetzt werden, dem Unternehmertum zu gelingen, in welchem Fall es sich zu Unrecht auf die Konkurrenz des Auslands beruft und in welchen Lande eine Bewegung mit gewissen Zielen mehr gefordert werden muß, wenn sie von Erfolg sein soll nicht nur für dieses Land, sondern auch für die Arbeiter aller anderen Länder. Manche Verzettelung von Kräften kann so verhindern werden, mancher aussichtslose Kampf und die Gesamtbewegung so geleitet werden, daß sie immer da greift einsetzt, wo der meiste Erfolg verspricht. Und das wird — allerdings nur unter der Voraussetzung, daß eine kampffähige Organisation vorhanden ist, in dem sie der Fall sein, wo es am nötigsten ist. Der Erfolg eines Kampfes in einem Lande wird mehr oder weniger von dem Stande der in Betracht kommenden gleichartigen Verhältnisse in den anderen Ländern abhängen. Je mehr sich bestimmte Verhältnisse in den verschiedenen Ländern gleichen, um so mehr wird es gelingen, in einzelnen Ländern weitere Erwerbungen nach einer bestimmten Richtung hin zu machen. In je mehr Ländern aber solche Erwerbungen gemacht haben sein werden, um so früher werden sie in den übrigen Ländern gemacht werden können. So wird die früheren Gleichheit, in verbesserter Gestalt, immer wieder von neuem abwechselnd durchbrochen und wieder hergestellt, um wieder durchbrochen zu werden zugunsten der Arbeiters eines Landes, das den anderen Ländern dominantisch vorangeht. Doch bevor es dazu kommt, muß eine gewisse Gleichheit hergestellt werden. Will man diese herstellen, muß man aber die gleichartigen Verhältnisse in den verschiedenen Ländern miteinander vergleichen können. Und das kann man nur, wenn man sie kennt. Zu dieser Kenntnis soll uns und den Kollegen im Auslande das internationale Korrespondenzblatt verhelfen. Die ihm einzubliebenden Berichte über bedeutende, begonnene oder bevorstehende Arbeitssämpfe müssen daher stets eine vergleichende Übersicht von den gleichartigen Verhältnissen in möglichst allen Ländern bieten, und dürfen nicht lediglich Berichte über den Kampf selbst sein. Die Berichterstattung in den einzelnen Ländern werden jedoch diese Methode der Berichterstattung nur befolgen können, wenn sie mit dem dazu nötigen Material ausgerüstet sind, und dieses soll ihnen die Korrespondenz in Artikeln über die Lohnhöhe und die

Arbeitszeit sowie über sonstige Arbeitsbedingungen aus den verschiedenen Zweigen der Textilindustrie in den verschiedenen Ländern bieten.

Damit kann ihre Aufgabe aber noch nicht erschöpft sein, denn die Erfolge der gewerkschaftlichen Bewegung hängen nicht allein davon ab, ob eine Forderung erfüllt werden kann, sondern auch davon, ob sie erfüllt zu werden braucht. Und sie braucht z. B. nicht erfüllt zu werden, wenn die Konjunktur eine ungünstige ist oder zu werden versucht, die Lage des Warenmarktes also zu Veränderungen Anlaß gibt. Auch in diesem Vertrage kann die Korrespondenz helfen. Es ist auch möglich, zu wissen, wie die Rohmaterialpreise stehen und ob sie eine steigende oder fallende Tendenz besitzen; denn bei sinkenden Garnpreisen werden die Unternehmer eher in der Lage sein, höhere Löhne zu bewilligen, als bei steigenden, weil es ihnen nicht immer gelingt, dem höheren Garnpreis entsprechend höhere Preise für das Textilprodukt zu erlangen, sie aber auch nicht immer nötig haben, dem niedrigeren Garnpreis entsprechend die Warenpreise herabzusetzen. In dem höheren Falle könnten sie also gewöhnlich leichter als im ersten Falle die Forderungen der Arbeiter bewilligen, wenn auch angegeben werden kann, daß es auch Fällen gibt, wo ein Steigen des Preises der Rohmaterialien zum Anlaß werden kann, eine sonst vielleicht unmögliche Steigerung des Warenpreises durchzuführen und also in diesem Falle auch eine Erhöhung der Arbeitslöhne möglich wäre. Regel dürfte aber das Gegenteil sein. Und deshalb müssen die Arbeiter aller Länder fortlaufend über den Stand des Rohmaterialienmarktes unterrichtet werden, um ihre Maßnahmen demgemäß treffen zu können.

Doch nicht nur auf wirtschaftlichem, auch auf sozialpolitischen Gebiete brauchen wir Textilarbeiter ein internationales Informationsorgan. In ihm muß zu finden sein, welche Maßnahmen die Arbeiterschutzesgesetzgebung in den verschiedenen Ländern macht. Und kann über solche nicht oft berichtet werden, so müssen Berichte über den jeweiligen Stand der Arbeiterschutzesgesetzgebung dafür Ersatz bilden. Anlaß, solche Berichte in vergleichbarer Form zusammenzustellen, und zwar wiederholend, wenn Neuerungen dazu keine Gelegenheit bieten, wird sich schon finden.

Zur dieser über das gesamte Weite verstreutenden die deutschen und österreichischen Delegierten ihr Verlangen nach einer internationalen Korrespondenz in Basel von neuem, und sie hatten damit den Erfolg, daß Deutschland aufgegeben wurde, bis zum nächsten internationalen Kongress (1908 in Wien) eine Probenummer herzustellen. Das Material für diese Nummer soll Deutschland und den verschiedenen Ländern aufgestellt werden. Natürlich wird es alles seiner Meinung nach bestehende selber beschaffen müssen. Gelingt ihm das nicht in überraschender Weise, so wird die Neuerung keinen praktischen bleibenden Wert haben. Gelingt es ihm aber doch, so wird ihm sicher die weitere Herausgabe des Blattes übertragen werden, über die alsdann nicht das Komitee, sondern der Kongress endgültig zu befinden haben wird. Deutschland dürfte die Herausgabe des Blattes um so mehr für immer übertragen werden, wenn es für daselbe einen günstigen Kostenanschlag mitbringt. Einem Kostenanschlag zu machen ist Deutschland übrigens verpflichtet worden, und zwar soll es denjenigen sämtlichen Ländern übermitteln, damit das von dem internationalen Komitee beschlossene Projekt überall beraten werden kann. Bis zum 1. Januar 1908 sind die internationalen Berichte in der bisherigen Form vom internationalen Sekretariat herauszugeben.

Der Beschuß, daß Deutschland die erwähnte Probenummer herausgeben soll, hat einen etwas bitteren Beigeschmac dadurch für uns bekommen, daß wir die Kosten für das Blatt tragen sollen, die uns allerdings durch Kongressbeschuß wieder zurückgestellt werden können. Dieser seltsame Beschuß ist der Ergebnis der englischen Delegation zu verdanken, die dem internationalen Komitee das Mecht absprach, für einen solchen Zweck Mittel zu bewilligen. Da die deutschen Delegierten erklären konnten, für diesen Fall mit weitgehenden Vollmachten ausgerüstet zu sein, d. h. Mittel für das Blatt in Aussicht zu stellen, wenn anders der Plan scheitern könnte, so war damit jeder Widerspruch gegen die Herausgabe eines internationalen Korrespondenzblattes beseitigt.

Von den weiteren Beschlüssen der Konferenz ist erwähnenswert, daß bis Ende Dezember Vorschläge für ein Streikreglement zu machen sind. Der internationale Sekretär soll dieselben zu einem Streikreglement verarbeiten und dem nächsten Kongress einen Entwurf dazu vorlegen.

Weiter wurde dem Sekretariat vorgeschlagen, eine Erhöhung des internationalen Streikfonds zu empfehlen.

Auf Unregung Deutschlands ist eine Bestimmung gegen Überflutung des Kongresses durch einzelne Nationen getroffen worden. Deutschland wollte auf je 10 000 Mitglieder nur einen Delegierten zulassen, doch kam ein Kompromiß auf, wonach auf jedes angefangene Mitglied fünfzehn ein Delegierter entsandt werden kann. Die Engländer, die gegen jede Verdränung der Delegationen waren — mit ihnen auch Belgien —, erklärten bezüglich dieserweise, daß sie einen solchen Beschuß nicht unterstützen könnten. Hoffentlich werden sie es aber doch wohl tun.

Dieser Beschuß hat anscheinend keine große praktische Bedeutung, denn es ist bisher auf allen unseren internationalen Kongressen nach Nationen abgestimmt worden, so daß eine Vergrößerung der kleineren Nationen durch größere ausgeschlossen war.

Allerdings kann nicht wissen, ob es stets so bleiben wird und ob nicht einmal ein Kongress durch irgendwelche Umstände veranlaßt werden kann, mit der bisherigen Bevölkerung zu brechen und jedem Delegierten das Stimmrecht zuzusprechen.

Übrigens ist die Abstimmung nach Nationen bei der heute in manchen Ländern noch vorhandenen Organisationspaltung nicht gerade gerecht. Die Delegierten aus solchen Ländern gehörten verschiedenen Organisationen an. Was will man tun, wenn eine dieser die Kongressabstimmung nicht akzeptiert, weil der Organisation solcher nicht das Recht eingeräumt war, ihre Stimme zum Ausdruck zu bringen? Wird aber nach einheitlichen Vorschriften gewählt, so vertritt alle Delegierten ungefähr dieselbe Mitgliedszahl und man kann dann gegebenenfalls das persönliche Stimm-

recht geltend lassen, ohne befürchten zu müssen, daß die größeren Organisationen die kleineren erdrücken könnten. Die aus einer und derselben Organisation entstehenden Delegierten könnten ja auch dann gemeinsam stimmen, wenn sie es für gut hielten. Sie könnten sich aber auch teilen, wenn sie jedem das persönliche Stimmrecht lassen wollten, sich aber dem Kongressbeschuß in jedem Fall fügen. Wir wollten aber diese Konvention an die Branchen- oder Distriktsorganisation nicht machen und wollen einer Änderung des jetzigen Abstimmungsmodus auch jetzt noch nicht das Wort reden, wie wir wollen hier nur zeigen, daß ein solcher Abstimmungsmodus mindestens ebenso gerecht wäre, wie die Abstimmung nach Nationen. Auf der Konferenz selbst haben unsere Delegierten ihren Vorschlag auf Festlegung eines bestimmten Wahlmodus damit begründet, daß ein an Zahl kleinerer Kongress im Arbeiten erschwerter sei, als ein größerer. Und sie drangen schließlich damit auch durch.

Die Konferenz ging nicht auseinander, ohne auch auf sozialpolitischem Gebiet einen Vorstoß zu machen; in Italien und Belgien soll um Verbesserung der Arbeitszeit petitioniert werden, weil es da am nötigsten ist, denn diese Länder sind, wenigstens was den Schuh der Jugendlichen anbelangt, hinter den anderen europäischen Ländern zurückgeblieben.

Bedenklich ist es, daß diesmal Holland nicht vertreten war, und Dänemark trotz seines Anschlusses gleichfalls fehlte. Ungarn hatte seinen Anschluß angemeldet.

Die nächste Konferenz soll am 22. Mai 1908, der nächste Kongress am 25. Mai 1908 in Wien zusammenziehen.

Die Hausarbeit in der Textilindustrie in Baden.

II.

Wenn wir im ersten Artikel unter anderem auf die Heimarbeit der ersten deutschen Namiegeföhltschaft verwiesen, so scheint uns außer der slägertartigen Darstellung der Heimarbeitverhältnisse in dieser Branche auch die Namiegeföhltschaft selbst einer kurzen Würdigung zu bedürfen, denn die Namiegeföhltschaft in Emmendingen schlägt hinsichtlich der Zahl der laufenden Spindeln alle europäische Konkurrenz. In Deutschland besitzen die drei gleichen Unternehmungen zusammen 8000 Spindeln, und zwar Weerane 1000, Berlin 1000, Greven bei Münster 900; in ganz England laufen 4000, in Frankreich 6-7000 Spindeln. In Emmendingen war schon 1894 die Zahl der Spindeln auf 13 000 angewachsen und im Jahre 1905 ließen in der Fabrik etwa 20 000 Spindeln auf Namie, mithin 50 Proz. mehr, als alle anderen Fabriken zusammen besaßen. Die Namie ist eine eigentümliche Pflanze; sie wird in slägertartigem Zustande auf der Hochebene des Jangselking in China angebaut und erreicht eine Höhe bis zu 2½ Meter. Da der Stiel etwa fingerdicke ist, reichert sich der Stiel der Stände durch hervorratende Stärke aus und wird von der Bevölkerung zu allerlei Gewebe für den Haushalt verwendet. Die Namiegeföhlts ist außerordentlich widerstandsfähig und zäh und für die Textilindustrie recht brauchbar. Die Pflanze gebliebt in heißen Gegenden sehr gut und sind in einem Sommer vier bis fünf Ernten möglich. Die Schwierigkeit ihrer Bewertung lag bisher in der Entfernung des Pflanzengangs, der sehr stark an der Basis haftet. An dem Problem, den Guanum völlig auszuschließen, ohne das Pflastermaterial zu schädigen, scheiterten bisher die meisten Namieunternehmungen.

In Emmendingen betreibt man seit nunmehr 20 Jahren die Fabrikation von Namiegeföhlts. Die getrocknete Namiegeföhlts kommt pro Tonne ab Antwerp auf 32-38 Pfund Sterling (6-87 Pf. für ein Kilogramm) zu stehen. Die Ballen werden von Handarbeiterinnen aufgemacht und die getrockneten Ballen gelöst und gebüscht. Diese Vorbereitungarbeit ist die eigentliche Namieindustrie in der Namiefabrikation. Von den Heimarbeitern weg gelangen die Ballen in die Fabrik und verlassen sie erst wieder als fertiges Handelsprodukt. Der Herstellungsvorgang ist ein langwieriger und umständlicher. Verwendet wird das Produkt an Glühtrümpfen, zu Spulen, Häkelarbeiten, Knüppelarbeiten, Abhängungsstäben, Handtüchern usw. Die hohe Widerstandsfähigkeit der Namiegeföhlts gegen Faulnis und ihre unübertroffene Festigkeit sichern ihr für die Zukunft weitere Verwendungsbiete.

Die Gesellschaft in Emmendingen beschäftigt etwa 60 Männer und 880 Frauen in geschlossenem Betrieb. In der Handindustrie sind für die Fabrik tätig 127 Personen, darunter 68 weiblichen Geschlechts. Die schon geschulte Arbeit der Hausindustriellen besteht ausschließlich aus dem Deffnen der Ballen und dem Lockern und Büscheln der gepressten Namiegeföhlts. Die Arbeit wird nach Gewicht bezahlt; der Söhnfall beträgt 1 Pf. für das Kilo.

Die Beschäftigung erstreckt sich auf das ganze Jahr. Leider wird auch in der arbeitet stark in Anspruch genommen; oft wird bis 9 und 10 Uhr abends und länger gearbeitet. Der sich beim Arbeiten der Fabrik entzündende starke Staub veranlaßt die Arbeitlerinnen, das Namiegeföhlts im freien vorzunehmen. Und dabei wird doch nur ein Stundenverdienst von höchstens 10 Pf. ergiebt; die Kinderarbeit schlägt man auf 6-7 Pf. pro Stunde ein. Ist der Verdienst des Familienehauses nicht eingemahlen ein auskömmlicher, dann trifft bezüglich der Ernährung der Industrie ein, wie ihn die Fabrikinstellung also schafft: Die Hauptnahrungsmittel sind Kartoffeln, Weißspeisen, Käse und Bro, Fleisch wird in den meisten Familien nur am Sonntag und höchstens ein bis zweimal in der Woche gegessen.

So interessant also die Geschichte der Namiefabrikation ist, so wenig Wertvoll ist die materielle Lage ihrer Handarbeiter. Die nüchternen Poetie der Heimarbeit hat auch hier den romantischen Bauber eigenartiger Produktion gänzlich verwehrt. In der Heimarbeitsschweiz sind es vor allem die Heimarbeitstätten, welche durch ihren standhaften Aufstand die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenken. Die Seidenraupe oder das Weidetuch

vereinigt seit Jahrhunderten die kleinen Weber in den kleinen Gemeinden zu einer großen Gewerkschaft. Und sie drangen schließlich damit auch durch.

wich nämlich im Keller geweht. Die Firma mietet im Hause des Feinmeisters diesen Raum. Als Grund für dieses schädliche System wird angegeben, die Werkräume müssten unter der Erde liegen, da hoher Feuchtigkeitsgehalt der Luft die Vor- aussetzung für das Gelingen der Webarbeiten ist. Die Benutzung fatter, feuchter Kellerräume mit Naturhoden sei Voraussetzung. Auch in der Fabrik lägen die Werkräume unter der Erde, der Oberbau könnte nicht genügt ausgenutzt werden.

Es sind ergreifende Bilder, die der Bericht der badischen Fabrikinspektion über diese mörderischen Zustände aufrollt. Das Beutelbuch wird bestimmt für die Müllerrei angefertigt. Die Schweiz hat bisher fast alle Kulturländer mit der Seidenzage oder dem Beutelbuch versorgt. In St. Gallen und Appenzell haben sich die Beutelzweber niedergelassen; 1901 zählte man in den beiden Kantonen 1837 Stücke für Beutelzweber. Alle Versuche, die technischen Fortschritte auch auf die Herstellung von Seidenzage auszudehnen, sollen erfolglos gewesen sein. Vor allem kennt man doch immer kein Mittel löslicher Luftfeuchtigkeit.

Zum badischen Lande ist es die Firma Etat in Waldkirch, die seit 30 Jahren die Beutelzahlfabrikation in geschlossenem Betrieb und auch hausindustriell betreibt. Sie beschäftigt 28 Seidenzgeweben als Feinmeister. gearbeitet wird im Winter 10-11, im Sommer 11-12 Stunden. Die Webstühle sind Eigentum der Firma. Von einem Arbeitsraum und seinen Anfassern entwirft der Bericht das folgende Bild: „... Da sieht nun ein schwächerer Beutelzweber in Büren auf schon über 25 Jahre in einem feinsten Kellerloch unterhalb. Nur mit äußerster Vorsicht ist es den Unregelmäßigkeiten möglich, in die Werkstätte zu gelangen. Ein dunkler Gang führt zum Arbeitsraum in der Ecke des Gebäudes, das nach der üblichen Parole in den Bergfang hineingebaut ist. Der ganze Raum wird durch den Stuhl ausgefüllt; zwei kleine Fenster, die kaum einige Centimeter über dem Erdboden liegen, lassen nur dünnen Lichtstrahl ein. Der Fußboden ist eine einzige Lache aus unpflegtem Wasser; auf lose gelegten Brettern gelangt der Besucher bis zum Sitz des Webers. Die Wände zeigen das feste Mauerwerk, ein Sitzplatz würde nicht lange halten. Die Projekte des Webzuges stehen auf dem Fußboden auf festgestampfter Erde und verjauen in kurzer Zeit, so daß sie öfters erneuert werden müssen. Alle Gegenstände fühlen sich feucht an und in der nächsten Zeit wird es dem Besucher bald unbehaglich. Bewegung und Schweiß müssen im Winter die Räume gefüllt bleiben; in der guten Jahreszeit muß alles ver sucht werden, den Raum vor dem Auskrochen zu bewahren.“

Es ist erstaunlich, daß ein Mensch, der unter solchen Verhältnissen 8-9 Stunden täglich arbeitet, nicht in kurzer Zeit erwerbsunfähig wird. Eine Schädigung der Gesundheit macht sich aber unter allen Umständen geltend; wegen Hemmatismus in Händen und Armen ist es dem Weber oft tagelang nicht möglich zu arbeiten. Vor viele Weber haben ihren Beruf wieder aufgegeben, weil ihre Gesundheit zu leiden begann. Daß sich nicht häufiger Krankheiten unter den Gazezwebern bemerkbar machen, röhrt daher, daß nur die kräftigsten und widerstandsfähigsten Naturen sich diesem Gewerbe annehmen und dabei bleiben. Als einziges Mittel ist ihnen das Tragen von Holzschuhen bekannt; sie folten gegen Entzündungen und ihre Folgen saniert.“

Die Fabrikinspektion führt das Erbarmungsverdienste dieser Zustände, denn sie schreibt den Arbeitseanten folgende Epistel ins Grammbuch: „Beschämend ist es, daß der menschliche Geist, dem keine Aufgabe zu hoch erscheint, wenn es gilt, durch juristische Einrichtungen Betriebskosten zu sparen, hier vor einem anderes gearteten Problem steht und sich einer kulturellen Förderung entzieht. Zu verstehen ist diese Zurückhaltung allerdings: sobald das geeignete Mittel gefunden ist, müssen die Webzwecker verschwinden und an deren Stelle hygienisch eingerichtete gesetzlose Betriebe entstehen; diese Reiterung hat jedoch für die Fabrikanten wenig Verlockendes, da sie die Anteilsschäfte belastet und die Betriebskosten erhöht.“ Wie ziehen aus dieser grauenhaften Schilderung den Schluss, daß man diesem Raubbau an Menschenleben mit dem Verbot von Gesetzen wegen begegnen muß.

Welche Vergütung erhalten nun die Beutelzweber? In der Fabrik bewegt sich die Lohnsverdienst zwischen 2,70 und 4,80 Pf. ihr Jahresverdienst zwischen 702 und 1268 Pf. Die Haushalte erzielen einen Durchschnittsverdienst von 81-88 Pf. Da das sogenannte Bespulen der Schäfte von der Frau oder den Kindern vorgenommen wird, bringt es der Haushalter auf 8,50 bis 9 Pf. täglich. Die Jahreslohnsumme beträgt im Durchschnitt 1000 Pf.

Die Seidenstoffindustrie war noch vor 9 Jahren die bedeutendste Haushaltungsindustrie des südlichen Schwarzwaldes. Zu 80 Gemeinden waren 866 Webereien und 79 Weber Seidenstoffe. Aber baldlich die Vorliebe für die Haushaltungsindustrie nach. Die Erfahrung gibt uns ein Urteil, in welchem es heißt: „Wenn ein Mädchen 1 Pf. verdienten will, muß es bis in die späte Nacht hinein arbeiten; das schädigt die Gesundheit. Man glaubte, durch diese Haushaltungs-

Fabrik manches Mädchen in der Heimat ihr Brot verdienen, so doch die Eltern nicht genügt sind, ihre Kinder in die Fremde zu schicken. Allein man hat sich getäuscht! Der tägliche Durchschnittsverdienst beträgt 58 Pf., der niedrigste 29, der höchste 66 Pf. Für 1 Meter wurde 80 Pf. Weblohn bezahlt, die tägliche Arbeitsleistung betrug 1,7 Meter, die tägliche Arbeitszeit etwa 10 Stunden. Besonders vor Ablieferung der Stücke würde manchmal die ganze Nacht hindurch gearbeitet.“

Allmählich verschwanden aus den Bauernhäusern die Webstühle wieder. In den vier Amtsbezirken Waldshut, Säckingen, St. Blasien und Schopfheim verminderte sich ihre Zahl von 158 im Jahre 1898 auf 202 im Winter 1903. Heute beschäftigen in Baden 18 Häusern in geschlossenem Betrieb 210 Arbeiter, in der Haushaltungsindustrie 749 Personen, von denen 689 weibliche Geschlechts sind. Die Verdienste sind sehr gering. Als höchsten Stundenlohn hat man für Weber 28, für Webereien 26 Pf. berechnet. Im Winter flappert auch in den Häusern der größeren Landwirte der Stuhl; sobald die Arbeit beginnt, bleibt er stehen. Der Stuhl ist Eigentum des Webers und hat einen Wert von 40-50 Pf.; die Zeit ist zu verbrauchen, um das Gut fertig zu stellen, so daß man noch das Spatzen zu erledigen hat. Den Einschlag erhält der Weber gewonnen; Spulen ist Sache des Feinmeisters. Gerechnet werden ein- und mehrfarbige Seidenstoffe bis zu 80 Centimeter Breite.

Mit vorliegenden Branchen wären die Hauptzweige der Heimarbeit in der badischen Textilindustrie registriert. Die Seidenbindereien und Seidenwinderinnen in Freiburg und Waldkirch, die Verlegerinnen von Baumwollstoffen in Mannheim-Riedbach, die Wollspinnereien in Böderbach, die Heimarbeiterinnen der Säckinger Textilindustrie, 21 berippte Leinenweber und die sogenannten Zeugleute ändern infolge ihrer geringen Zahl und ihrer Bedeutungslosigkeit nichts an dem vorliegenden Bild der Heimarbeit in der badischen Textilindustrie. Da diese an der gesamten badischen Haushaltungsindustrie mit vollen 20 Proz. bestellt ist, sieht man in ihren Kreisen den sozialpolitischen Zustand des Baden-Reichstages bezüglich der Ausmerzung der großen Schäden der Heimarbeit mit berechtigtem Interesse entgegen. Vorzeit ist man schon gut, sich zu verlassen auf die eigene Kraft und die Organisation. A. W.

Die Begründung des Urteils in dem 9000 Mark-Prozeß der Kammgarnspinnerei Liebschwitz gegen den „Textilarbeiter“.

Wir hatten schon in der vorigen Nummer des „Textilarbeiter“ eine allgemeine Betrachtung über den Schadenerfallsprozeß der Kammgarnspinnerei Liebschwitz gegen die Redaktion und die Druckerei des „Textilarbeiter“ gebracht und dabei bemerkte, daß wie die Gründe des Urteils, ihrer für unsre Ortsverwaltungen sehr großen Bedeutung wegen, im „Textilarbeiter“ bekanntgegeben würden. Bei dieser Gelegenheit bemerkten wir, daß die Befragten von dem Rechtsanwalt Dr. Hartwig in Chemnitz vertreten wurden.

Die Begründung des Urteils, durch welches die Klägerin mit ihrer Schadenerfallslege abgewiesen wurde, lautet:

Beslaubigte Abschrift.

8 Cg. 85/06. Ausfertigung. Tag des Aushangs
Berlindet am 15. Februar 1907. der 8. Februar 1907.
(gez.) Referendar Eglinger, (gez.) Altuar Stelzer,
a. Gerichtsschreiber. Gerichtsschreiber.

Im Namen des Königs!

In Sachsen
der Kammgarnspinnerei Liebschwitz G. m. b. H. in Liebschwitz
a. d. Elster, Klägerin; gegen
den Redakteur Paul Wogener in Chemnitz und Genossen,
Befragte.

Gründe.

In der ersten der beiden zur Grundlage des Schadensanspruchs gemachten Notizen, die bis zum 5. Juni 1904 im „Textilarbeiter“ erschienen ist, wirdet sich das Blatt an seinen Leserkreis mit der Aufforderung, Zugang nach Liebschwitz zu vermeiden; dort, also bei der allein in Frage kommenden Firma, keine Arbeit zu suchen; irgendwelche Gründe werden dafür nicht angegeben. Die Klägerin will zwar darin eine Verzerrungslösung, eine Bobotötung erblicken; sie liest daraus die Behauptung der Tatsache heraus, daß zwischen ihr und der Arbeiterschaft ein Boxkampf bestehe. Darin ist ihr jedoch nicht beizutreten. Denn die von ihr vertretene Ansicht ergibt sich weder aus dem Wortlaut der Bekanntmachung noch mit Richtigkeit oder mit Wahrscheinlichkeit

aus deren Sinne. Sie besagt vielmehr nichts weiter, als daß im Interesse der Arbeiterschaft von Liebschwitz und Ulm gegenwärtig, und zwar sei es der bei der Klägerin beschäftigten, sei es derjenigen die dort wohnhaft ist und deshalb darum interessiert ist, dort Arbeit zu finden, die Verhinderung auswärtiger Arbeitskräfte geboten erscheint. Wenn nun auch solche Zugangsverbote unter Umständen als gegen § 828 oder § 828 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verstoßen erachtet werden können, so ist das doch dann zu verneinen, wenn damit berechtigte Interessen der in Betracht kommenden Arbeiterschaft (im soeben angegebenen Umfange) wahrgenommen werden. Und das ist hier der Fall.

Für die Zeit bis Ende Januar 1904 will die Klägerin selbst aus der Warnung keinen Schadensanspruch herleiten. Sie könne das auch nicht mit Aussicht auf Erfolg tun, wie eingehalten werden mag, da bis dahin zwischen ihr und der in Betracht kommenden Arbeiterschaft ein Boxkampf im Gange war. Denn § 152 der Gewerbeordnung gewährleistet beiden Seiten, dem Unternehmertum wie der Arbeiterschaft, das Recht, im Wege gemeinschaftlicher Selbsthilfe danach zu streben, die Vorräte und Arbeitsbedingungen zu verbessern, und in Bekanntmachungen der befreit stehenden Art ist ein Aufruf zur Unterstützung solcher Bestrebungen der Arbeiterschaft und damit eine Unterstützung selbst zu erbliden. Daß der Unternehmer dadurch gezwungen ist, oder er kann, indem er zu finanziell ihm belästigten Zugeschriften bestimmt wird, ist ein im wirtschaftlichen Kampfe unvermeidliches Nebeneffekt, obwohl er mit angestrebt wird, um seiner Unvermeidlichkeit willen unbewußt ist.

Dieselben Erwägungen treffen auch dann zu, wenn der eigentliche Boxkampf zwar verhindert ist, die in ihm befangen gewesene Arbeiterschaft aber infolge anderweitiger Belebung ihrer früheren Arbeitsstellen sich darauf verwiesen sieht, entweder notgedrungen weiter zu feiern oder zwecks Erlangung anderer Arbeitsmöglichkeiten den Wohnsitz zu wechseln. Denn auch dann hat diese Arbeiterschaft ein als berechtigt angesehenes Interesse an der Verhinderung der Zugangsverweigerung daran zu haften, daß sie obgleich die in ihrem Bereich befindliche Arbeiterschaft, welche um seiner Berechtigung willen unterstützt werden darf, gleichviel ob der Unternehmer sich infolgedessen darauf verwiesen sieht, mit den ihm vielleicht auftretenden Zugangsverschwörungen mißlich gewordenen Arbeitern beizugehen von Zugang anderer weiter zu arbeiten. Daneben mag beweist werden, daß in solchem Falle bei Sperraufrufen wieder eine schädigende Wirkung noch in solcher Erfolg angenommen werden kann, da der Unternehmer mit den arbeitslosen aber arbeitswilligen Leuten etwa freigehobene oder freiwerdende Stellen zu belegen in der Lage ist.

In der Zeit von Ende Januar bis Ende 1904 habe ein erheblicher Teil der früheren Arbeiterschaft der Klägerin noch keine Arbeit gefunden. Die Klägerin erklärt zwar, nicht zu wissen, ob die nach Ende Januar 1904 nicht wieder bei ihr eingetretene Arbeiterschaft dann aus der Gegend fortgezogen sei, da ist ihrer Angabe nach auch außerstande, dies festzustellen. Da sie jedoch die Unrechtmäßigkeit der Zugangsverweigerung daran zu haften hat, hätte es ihr obgelegen, die Nachweis zu führen, daß keine ihrer früheren Arbeitern oder doch nur einzelne, verhältnismäßig wenige noch arbeitslos gewesen seien; denn diese Behauptung gehört zum Klägerin, die, wenn sie nicht feststeht, die Widerrechtlichkeit der Bekanntmachung und ein Verstoß gegen die guten Sitten zu verneinen ist, wie aus dem Auszug verbogen ist. Da sie das nicht getan hat, ist auf ihre herabgehobene Erklärung mit Nichtwissen kein Wert zu legen, vielmehr nur die Gegenbehauptung zu berücksichtigen.

Danach lag die Sache so: Als Ende Januar 1904 in einer von Arbeitern abgehaltenen Versammlung, deren Teilnehmer wohl überwiegend waren, die gegenwärtige Stellungnahme gegen die Wiederaufnahme der Arbeit bei den Klägerin aufgetragen (vgl. die Aussage Dr. Pösterling, des Bodensteins, auch der Seidenlang), war, nach dem eigenen Gespür der Klägerin, die Hälfte der ganzen Spinnerei schon wieder in Betrieb, und zwar halte sie dies, wie sie ebenfalls zugibt, dadurch ermöglicht, daß sie von auswärtigen freien Arbeitern herangezogen hatte. Notwendigerweise konnten infolgedessen nicht alle früher bei ihr beschäftigt gewesenen Leute von ihr in Arbeit genommen werden. Nach der von den Befragten beigebrachten Aufstellung, wie sie in der mündlichen Verhandlung berichtet worden ist, traf das im Januar 1904 für 44 Leute zu; diese Zahl der arbeitslos Gebliebenen minderte sich im Februar, April und Mai um je zwei, also auf 38, und bis Ende des Jahres um weitere drei, also auf 35. Diese Anzahl beschäftigunglos gebliebener Arbeiter ist, soweit abzusehen, als auch im Verhältnis zur gesamten Arbeiterschaft der Klägerin (so beschäftigte nach einem Bericht des Gemeindevorstandes von Liebschwitz vom 29. August 1903, Blatt 5 der amtschäftsamtlichen Akten, 160 Leute), so groß, daß die Bekanntmachung noch mit Richtigkeit oder mit Wahrscheinlichkeit

abzulehnen ist. Die Aussicht für das laufende Geschäftsjahr sind gute, so daß eine weitere Steigerung der Ergebnisse zu erwarten ist.

Wirtschaftliche Rundschau.

Teilweise Wiederbelebung an den Börsen. — Noch immer abnormale Spannung der Notenbanken. — Beginn einer Produktionskrise. — Die Preisabschöpfung des Kohlemonopols.

Der Grundzusammenfassung der ausschlaggebenden Vorgänge, die sich in den letzten Wochen diesseits und jenseits des Ozeans abspielen, ließ sich etwa in folgender Weise kennzeichnen: Übererhöhung des Goldmarktes und der großen Centralbanken und im Gefolge davon eine zeitweilige Kreeditkrise, die an den Börsen schwere Verheerungen anrichtete, die jedoch den eigentlichen Grundstock unseres Wirtschaftslebens, die Produktion und den Warenabsatz, zunächst wenig oder noch gar nicht berührte.

Um großen und ganzen wird man sagen dürfen, daß dieser Grundzug sich erhalten hat. Neu hinzugekommen ist unterdessen nur eine gewisse Erleichterung der Börsenstimmung — wie gewöhnlich nach dem ersten Aufstoss einer Partie.

Der Weiterwinkel war und bleibt Amerika. Hier kamen in der zweiten Hälfte des März die enormen Kreditaufnahmen, die den 18. und 14. März zu den beiden letzten Tagen machten, mehr und mehr zur Ruhe. Die Spekulation konzentrierte sich ausnahmsweise ein, offenbar nach der Ausbildung großer Kapitalmärkte; in New York trat an Stelle der Tagesumsätze von 2 bis 2½ Millionen Stück Aktien ein Umsatz von etwa einer Million, also von weniger wie die Hälfte. Die Bahngeellschaften verkauften ihre Aktien auf Vermehrung neuer Kapitals vorläufig. Das Washingtoner Schatzamt ließ abnormale ansehnliche Bargeldabgänge stattfinden. So konnten sich die Kurse wieder etwas erhöhen, und er blieb für längeres Gelb, der an der britischen Münzprägung bis auf 80 Proz. emporgeschossen war, steht in New York seit etwa einer Woche nicht höher wie 80 bis 82 Proz. Damit wurde zugleich Europa die Sorge los, daß die Goldknappheit in Amerika ausgeschöpft zu Goldentnahmen aus Europa zwingen könnte. Bis Anfang April stiegen aber noch schwache Goldmengen aus England ab; seitdem ist hier ein Stillstand eingetreten.

Parallel mit dieser zunehmenden Sicherung nach unten hin ist für unsere europäischen Notenbanken zugleich eine Verhinderung durch geringe Inflationsgefahr. Die Sorge, daß ein nochmaliges allgemeines Ausgehen der Dienstleistungswirtschaften sich sofort herausschärfen werde, kann als verlegt gelten. Man hatte schon angekündigt, daß sich die Dienstleistungswirtschaften durch deutsche Goldabnahme durch Distanzierung aus Weitere leben werde; eine ähnliche Maßnahme

am 3. Mai, nachmittags 2 Uhr, im Eichsaal des Grandhotel Alexanderplatz. Zum Verkauf gelangen circa 22 000 bis 23 000 Seiden in Schleifen, Gürteln und Lampenfransen.

Die Gesamtansicht in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1907 betrug im März-Quartal 1906: . . . 205 718,97 Doll.
1905: . . . 105 008,91
1904: . . . 100 479,08
1903: . . . 90 729,90

Speziell in Posamenten, Taschen, Gürteln und Lampenfransen betrug die Ansicht:

1. Januar bis 31. März 1907: . . . 156 751,88 Doll.
do: 1906: . . . 128 818,76
do: 1905: . . . 89 898,97
do: 1904: . . . 77 102,92

Die Ansicht hat sich also in den letzten vier Jahren verdoppelt.

Export aus dem Konsulatshafen Bremen nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der Export aus dem hiesigen Konsulatshafen war in dem abgelaufenen ersten Quartal 1907 um 9168,99 Dollar geringer als im gleichen Zeitraum 1906. Er betrug 1464 877,55 Dollar gegen 1464 186,48 Dollar des Jahres 1906. Nach der vom Konsulat veröffentlichten Aufstellung ist die Textilindustrie an diesen Zahlen wie folgt beteiligt:

	Betrag in Dollar für das 1. Quartal 1907	1. Quartal 1906
Güter für Güter, Vorten, Garnituren, Garnfassungen, Seile, Schnallen und Knöpfe, Güten und Augen, Gürtel und Gürteln aus Baumwolle, Seide und mit Seide gemischt	298 851,01	258 985,89
Gürtelklemmen	24 004,26	21 817,41
Gürtelgarn	281 588,45	281 276,85
Leinenwaren (Linen) leinene und baumwollene, seide- und halbseide- und halbfaserne Garnen	11 849,80	14 787,74
Leinenwaren, baumwollenes Gewebe, Putterstoffe	70 180,78	54 288,98
Leinene Waren (Band usw.)	158 076,81	181 451,17
Seile und Baumwolle, gemischte Waren, Kleiderstoffe	17 894,67	18 199,19
Garn (Baumw. und Woll. usw.)	73 184,88	60 871,-
Garn für Güter, Vorten, Garnituren, Garnfassungen, Seile, Schnallen und Knöpfe, Güten und Augen, Gürtel und Gürteln aus Baumwolle, Seide und mit Seide gemischt	81 907,18	58 379,98
Gürtelstoffe	24 097,86	41 070,76
Garn (Baumw. und Woll. usw.)	8 082,-	8 441,00
Garn (Baumw. und Woll. usw.)	98 881,88	74 895,08
Summe	996 158,85	909 802,08

dass die Wahrnehmung ihrer oben genannten berechtigten Interessen genügte, um die Zugangsverfügung auch für die Zeit nach Ende Januar 1904 als dadurch gerechtfertigt erscheinen zu lassen: die Wahrnehmung dieser Interessen durch das Beitzungsorgan, welches sich dieses zur Aufgabe gestellt hat, schließt die Widerrechtlichkeit der daraus vielleicht hervorgegangenen Schädigung der Klägerin ebenso wie den Verstoß gegen die guten Sitten aus.

Mit der anderen, vom 28. September bis Ende 1904 im "Textilarbeiter" veröffentlichten Bekanntmachung ist eine tatsächliche Behauptung aufgestellt worden, dass nämlich Differenzen zwischen dem Unternehmer, der Klägerin, und Spinnereiarbeitern bestanden. Diese ist einerseits nicht dahin zu verstehen, dass nur bei einzelnen Arbeitern Missstimmung gegen den Unternehmer oder ein auf Verbesserung der Lage gerichtetes Bestreben vorliege; ihr Sinn ist vielmehr dahin aufzufassen, dass die Arbeiterschaft in ihrem Gesamtbild oder doch zu einem wesentlichen Teile mit den von der Klägerin aufgestellten Lohn- oder Arbeitsbedingungen unzufrieden und von dem Bestreben erfüllt ist, in einzelnen Beziehungen eine Verbesserung ihrer Lage gegenüber dem Unternehmer nach dessen Willen durchzuführen; andererseits besagt aber die Bekanntmachung weder ihrem Wortlaut nach ihrem Sinn nach, dass ein offener Kampf, ein Streit, im Gange sei.

Der mit diesen Notizen verfolgten Zweck ist, wie die Beklagten einräumen, dasselbe, wie der der Zugangsverfügung: Die Leifer vom Zugang nach Viechtach und vom Aufsuchen von Arbeit bei der Klägerin abzuhalten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaften, wie die Beklagten ebenfalls zugeben, folgen Notizen Folge. Darüber hinaus lehrt aber die Erfahrung des täglichen Lebens, dass auch nichtorganisierte Arbeiter sie ebenso zu beachten pflegen, also dem darin genannten Orte fernbleiben, weil sie meinen, sie beachten zu müssen, wenn sie sich nicht Widerwärtigkeiten, sogar Gewalttätigkeiten von Seiten der Organisierten aussehen wollen. Das ist nun zwar Sache ihrer eigenen Entscheidung; diese wird aber gerade durch jene Bekanntmachungen beeinflusst und soll es werden.

Daraus ergibt sich, dass die in der hier in Betracht kommenden Art und Weise aufgestellte tatsächliche Behauptung es beständen Differenzen zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft, geeignet ist, Nachteile für den Erwerb des ersten, also der Klägerin, mit sich zu bringen; denn beim Zehnthalter Arbeiterschaft ist sie auf Zugang von auswärts angewiesen, und falls dieser unterblieben wird, ist die notwendige Folge, dass ihre Leifer einschöpfen muss und infolgedessen wiederum Überbaueinbuße erleidet. Dennoch ist ein auf Erfolg der besprochenen Bekanntmachungen gestützter Schadenanspruch nach § 824 des Bürgerlichen Gesetzbuchs begriindet, falls die darin enthaltene Behauptung, wie sie oben besprochen wurde, unwahr ist und die für den Erfolg verantwortlich zu machenden Beratungen die Unwahrheit kannten oder kennen müssen, es sei denn, dass die Ausnahmewortheit des § 824 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Anwendung zu finden hat.

Die hierzu erfolgte Beweisaufnahme hat ergeben, dass im allgemeinen die Arbeiterschaft der Klägerin ruhig und mit ihrer Lage zufrieden war, das ist wenigstens die Auffassung der meisten gehörten Arbeitern der Klägerin. Vergl. die Aussagen Beiges, Hubers, der Böslering, der Seidemann, der Voßhorn; Beierlein sagt: die Stimmung der Arbeiterschaft sei aber nicht einheitlich gewesen, doch habe keine irgendwie weitgehende Unzufriedenheit geheiratet; und die Koch und die Höret geben an: den Arbeitern sei zwar die Einführung verlängelter Sonnabendarbeit nicht genehm gewesen, sie hätten darüber geschimpft, aber sie doch ruhig mitgemacht. Nur Heidel und Beierlein befürworten, dass eine allgemeine Missstimmung unter der Arbeiterschaft, eine Spannung zwischen ihr und der Klägerin, bestanden habe, die ihren Grund gehabt habe, vornehmlich in der Einführung der verlängerten Sonnabendarbeit und im Verlangen der Leistungen von Sonnabendarbeit, nach Heidels Angabe auch darin, dass die Vorarbeiterinnen mit ihrem Verdienst unzufrieden gewesen seien.

Wenn man hiernach annimmt, die in Wiede stehende tatsächliche Behauptung sei in dem nach dem oben Ausgeführteten ihr bezulegenden Sinne unzutreffend und es sei damit dass erste Erfordernis des § 824 B. G. B. erfüllt, so ist doch die dann weiter aufzuhaltende Frage, ob die Beklagten dies gewusst haben oder aber wissen müssen, zu untersuchen, der Klägerin zu beantworten.

Den Beklagten ist darin beigezumessen, dass eine Zeitung auf Berichte dritter angewiesen ist und solche als richtig hinnehmen darf, solange nicht befondere Gründe, sei es in der Person des Berichterstatters, sei es im Berichte selbst, zu finden sind, die vorsticht zu zweifeln an der Richtigkeit solcher Berichte. Der Geschäftsmann der Beklagten war Heidel, der Vertrauensmann des Textilarbeiterverbands für die Viechtacher Gegend. Diese Stellung konnte ihn für die Beklagten

keineswegs in den Verdacht der Unzulässigkeit bringen, sie durften, solange ihnen nichts Gegenlebiges bekannt geworden war, damit rechnen, dass er keine aus der angeführten Stellung sich ergebende Aufgabe, die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Textilarbeiter wahrzunehmen, wenn auch mit Energie, doch mit der gebotenen Vorsicht erfülle. Die Klägerin will den Heidel zwar als Aufwiegler hinstellen; es ist aber schon zweifelhaft, ob dies allein ihr für die Beklagten vertraulich und unzulässig erscheinen lassen müsse; auf jeden Fall hat die Klägerin nichts dafür beigebracht, dass er etwa schon in anderen Fällen ungewöhnliche Merkmale eingelangt habe oder dass die Beklagten sonst Grund gehabt hätten, die Richtigkeit seiner Mitteilungen in Zweifel zu ziehen, nicht einmal, dass ihnen seine aufzuweisende Einschätzung auf die Arbeiterschaft belastet gewesen sei.

Heidel hat in seiner beobachteten und weder bemängelten noch in soweit sonst zu Bedenken Anlass liegenden Aussage nach an den "Textilarbeiter" den Wunsch nach Wiederaufnahme der bis zum Juni 1904 erschienenen Sperrnotiz gerichtet. Der Beklagte Wagener als der verantwortliche Redakteur ist dem zunächst nicht nachgekommen, sondern hat erst angefragt, welche Gründe dafür bestanden. Heidel hat darauf die obengenannten Differenzpunkte als bestehend einberichtet: verlängerte Sonnabendarbeit, Sonntagsarbeit und zu geringer Verdienst der Vorarbeiterinnen, und zwar als Anlass für eine unter der Arbeiterschaft bestehende Missstimmung. Wagener dabei auch sich nicht ganz an die Wahrheit gehalten, übertrieben haben, sofern er die ihm bekannt gewordene Unzufriedenheit nur einzelner weniger Leute als Missstimmung der gesamten Arbeiterschaft ausgegeben hat, er selbst leugnet dies, so haben doch die Beklagten vornehmlich Wagener, dies aus seinem Bericht nicht ersehen können, sie haben also um die Unzufriedenheit der berichteten Tatsachen und damit um die der dann erschienenen Bekanntmachung mehr gewusst, noch, wie aus dem Ausgeführtzen erhebt, wissen müssen, demzufolge ist § 824 B. G. B. wider sie nicht anwendbar, wenn aber die Beklagten mit den Bekanntmachungen, die sowohl an sich als insbesondere von ihnen für berechtigt zu erachtende Bestrebungen der Viechtacher Arbeiterschaft nach Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen in den von Heidel einberichtigen Beziehungen unterstützten, so scheidet auch jeder Vertrag gegen die guten Sitten und jede Widerrechtlichkeit ihres Vergehens aus, es sind also auch die §§ 823, 826, B. G. B. nicht verwendbar.

Demgemäß muss die Klage abgewiesen werden. Es mag jedoch noch darauf hingewiesen werden, dass ihrem Erfolge auch noch ein anderer Umstand im Wege stehen würde, soweit sie auf der 2. Bekanntmachung fuht: Die Klägerin sagt, sie habe den eingesetzten Schaden innerhalb der auf den 1. Februar 1904 folgenden 24 Wochen erlitten, die Differenznotiz ist aber erst lange nach deren Ablauf, der in Lust sitzt, erschienen, nämlich Ende September; es fehlt sonach auch an der der längstigen Abhandlung eines tatsächlichen Zusammehanges zwischen der Notiz und dem angeblichen Schaden.

Die Kostenentschuldung beruht auf § 21 C. B. O.

Bruhl Dr. Mester Imhof.

Ausgefertigt

Chemnitz, den 3. März 1907.

Der Gerichtsschreiber des K. Landgerichts, 8. Zivilammer, (L. S.) Altmar Steiner.

Unsere Kollegen mögen aus dieser Urteilsbegründung erschennen, was sie in Zukunft zu beachten haben, wenn sie an uns die Vorbereitung stellen, irgend welche Betriebe für den Zugang von Arbeitsträgern zu sperren.

Gehet hin und tuet desgleichen!

Was eine Arbeitersorganisation, die ihrer Aufgabe gewachsen ist, für die Arbeiter zu leisten vermag, dafür liefert der Jahresbericht des Deutschen Metallarbeiterverbands ein glänzendes Beugnis.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat im Jahre 1906 für 67 292 Beteiligte eine Verkürzung der Arbeitszeit von 277 387 Stunden pro Woche erreicht. Für den einzelnen Arbeiter oder Arbeiterin macht das 4,18 Stunden in der Woche aus, die sie weniger zu arbeiten brauchen. Die Mehrheit der Beteiligten wird die so gewonnene Zeit zur Schulung, Bildung usw. gewidmet haben. Auf das Jahr ungerechnet beträgt die Summe der Arbeitsstunden, die die betreffenden Arbeiter weniger für den Unternehmer zu schaffen brauchen, rund 11 Millionen. Da sich das Bestreben, die Arbeitszeit zu verkürzen, immer mehr verbreit, ist dies als eine bedeutende Kulturarbeit zu betrachten.

Lohn erhöhungen wurden im Jahre 1906 für 100 029 Betriebe, pro Woche insgesamt 162 255 M. erzielt. Das macht auf den

einzelnen 1,62 M. pro Woche, ungefähr das Dreifache des Wochenbeitrages. Auf das Jahr ungerechnet beträgt die Summe, die anstatt den Unternehmern den Arbeitern zugute kommt, 490 200 M., oder für den einzelnen im Jahr 64,90 M.

Dass die Unternehmer ohne weiteres Zugeständnisse machen, hat man sehr selten. In den meisten Fällen hängt es davon ab, wie die Arbeiter organisiert sind, inwieweit sie also imstande sind, dem Unternehmerklum Widerstand entgegenzusetzen zu können. Zusätzlich waren 1906 an Streiks, Aussperrungen und den friedlich verlaufenen Lohnbewegungen, die der Metallarbeiterverband allein und aus eigener Kraft geführt hat, 166 637 Personen beteiligt. Die Durchführung der Lohnbewegungen erforderte die Summe von 3 509 719 M. Dreiviertel der Million kann nur eine starke und festgefügte Organisation für Lohnbewegungen ausgeben.

Dass der Metallarbeiterverband aber nicht nur ein Streikverein ist, wie oft gesagt wird, beweist die Zahl der auf friedlichem Wege abgeschlossenen Verträge. Im Jahre 1906 ist die Zahl der Tarifverträge von 150 auf 293 mit 9586 beteiligten Unternehmen und 82 376 tariflich enstehenden Arbeitern gestiegen. Außer diesen Vorteilen ist noch erreicht worden: die Beseitigung von Missständen für 16 045 Arbeitnehmer, die Gewährung eines Bushaltes für Ueberschlüsse und für 75 909 Arbeitnehmer sonstige Vorteile für 34 515 Beteiligte. Seit dem 1. Juli 1906 gehört der Deutsche Metallarbeiterverband seinen Mitgliedern auch Gewerbslosenunterstützung im Krankheitsfall auf die Dauer von zwanzig Wochen. Am 3. Oktober betrugen die Auswendungen für diese Unterstützungen allein 321 177,01 M.

Die Mitgliederzahl ist von 250 892 im Jahre 1905 auf 335 075 im Jahre 1906 gestiegen. Also in einem Jahre ein Wachstum von 75 883. Trotz aller Scharfmachergläste geht es doch unaufhaltsam vorwärts.

Die Metallarbeiter zahlen aber auch einen Wochenbeitrag, der in Berlin gegenwärtig 75 Pf. beträgt. Es dürfte gerade für die Textilarbeiter sehr angebracht sein, die in vorstehenden Jahren enthaltenen Leistungen des Metallarbeiterverbandes zu kubieren. Das alles belässt den Mitgliedsbeitrag reduzieren sollen, wird durch den Geschäftsbericht des Metallarbeiterverbandes gründlich ad absurdum geführt. In einem einzigen Jahre ist die Mitgliederzahl um reichlich 75 000 gestiegen und zwar dann gestiegen, wo der Wochenbeitrag durch Bushalte auf fast durchweg 60 Pfennigen stand. Man kommt uns nicht und sage, ja die Metallarbeiter können deshalb höhere Verträge zahlen, weil sie höhere Löhne erhalten. Das ist ein sehr hinternder Vergleich, denn die Metallarbeiter haben eben erst die höheren Löhne erhalten dadurch, dass sie hohe Verträge zahlen und ihrer Organisation eine Leistungsfähigkeit verschafft, durch welche sie nicht nur den Mitgliedern große wirtschaftliche Vorteile errang, sondern durch welche sie sich auch die höheren Männer und sonstigen Scharfmacher auf die Knie zwangen.

In Nr. 14 der "Arbeitgeberzeitung" wird gleich an erster Stelle folgendes berichtet:

Ein Fortschritt in der Verhandlungsfrage.

Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller hat im vergangenen Winter nicht nur den inneren Ausbau seiner Organisation wesentlich gefördert, sondern auch in anderer Hinsicht einen sehr beachtenswerten Schritt auf dem Wege zur Sicherung des Arbeitersfriedens getan; er hat sich in eingehender Weise mit der in jüngst vergangenen Zeit so vielfach ventilierten Verhandlungsfrage beschäftigt, einer Angelegenheit, über die tatsächlich die Ansichten der beteiligten Arbeitgeberseite bisher weit auseinandergegangen. Und zwar ist es ihm gelungen, die obwaltenden Schwierigkeiten zu beseitigen und eine vollständige Einigung zu erzielen. Am 20. März d. J. beantragte der Vorstand des Gesamtverbandes beim Verbandsausschuss, es möge ein Beschluss darüber gefasst werden, wie seitens der fabrikmäßigen Betriebe mit den Arbeitern zu verhandeln sei, wobei er es als eine unmöglichkeit bezeichnete, dass eine für die Arbeitgeber annehmbare Form in Sachen der Bildung der beiderseitigen Verhandlungskommissionen gefunden würde. Dementprechend brachte er folgendes in Vorschlag:

- a) Arbeiterschaften, welche im Ausstand sind, oder in den Ausstand treten wollen, ist, wenn sie zu verhandeln gewillt sind, anheimzugeben, aus ihrer Mitte eine Kommission zu ernennen, welche den Auftrag erhält, mit einer Kommission der betreffenden Arbeitgeber zu verhandeln. Die Stärke der Kommission soll 7 Personen von jeder Seite in der Regel nicht überschreiten.
- b) Wo frei gewählte Kommissionen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verhandeln, sollte nicht mehr als ein Berater auf jeder Seite hinzugezogen werden dürfen.

Trotz aller Besserung sind also die Kurze von Anfang März noch lange nicht wieder erreicht, geschweige denn die Kurze vor der ganzen Abfluszeit, die eigentlich an den deutschen Börsen schon mit dem November 1906 begonnen hat (vergl. die vorige Rundschau). Die mithraische Bewertung der Börsen, die, wie die Deutsche und die Dresden Bank so eng mit der Industrie und der Wörde, auch des Auslandes, verbunden sind, ist vielleicht am bezeichnendsten für die ganze Lage.

Trotzdem bleibt es noch immer wahr, dass die Produktion von einer Stelle im alten Stile, das heißt von einer Stoffung im Massen und einem Abgang in den Verstellungen, nach wie vor verschont geblieben ist. Es liegen also für die Arbeiterschaften wohl mancherlei Anzeichen vor, die zur ruhigen Vorbereitung auf zukünftige, weniger günstige Zeiten mahnen, aber noch keinerlei Anzeichen, die schon heute zur reinen Defensivität drängen könnten. Vielleicht wäre es gut, wenn manche und nahestehende Blätter etwas weniger Katastrophenenszenen treiben und etwas ruhiger die ausschlaggebenden Tatsachen abwägen wollten.

Vorläufig ist der Waren-Preishochstand, dem für uns eine ganz andere symptomatische Bedeutung zukommt, wie dem Wörterbuchstand, im allgemeinen noch unerledigt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wie beim Kupfer, dessen eigenartigen Markt wir oft genug schilderten; gerade die kupferverarbeitenden Industrien sind nach wie vor gut beschäftigt, dagegen ist der preisreichen und Vorräte sperrenden Spekulation vorsichtig durch die Wiederholung und Kreisberichtigung der Atem aufgegangen.

Immerhin mag in der Produktion wieder einmal der Gipfel erreicht sein, von dem aus es kein Höher mehr gibt. Charakteristisch ist auch diebstahl, wie in der Vorperiode, der beginnende Umstieg wieder von einer Brennstoffverteilung begleitet. Ab 1. April gelten beim rheinisch-westfälischen Kohlenhafen die neuen Preise, so dass sich an der Düsseldorfer Börse gegen früher folgende Notierungen ergeben: Gas- und Flammlöhne: Gastohle für Feuerzubereitung für Sommermonate 12,50—18,50 M., für Wintermonate 18,50—24,50 M. (früher 11,50—18,50 M.), Generatorlöhne 12,75—18,75 M. (12,25—19,50 M.), Gasflammlöhne 11,75—12,75 M. (10,50—11,00 M.); Mettkohlen: Förderloch 11,00—11,50 M., beide metellierte Kohle 12,10—12,50 M. (11,10 bis 11,50 M.), Rohstohle 12,25—12,75 M. (10,50—11,00 M.); Magere Kohle: Förderloch 10,50—11,50 M. (0,00—10,00 M.); metellierte Kohle 12,25—18,75 M. (10,25—11,25 M.); Braunkohle Korn II (Anthrazit) für Sommermonate 21,00—22,00 M.; für Wintermonate 22,50—24,50 M. (18,50—24,00 M.); Rote: Gleiseralo 10,10—10,50 M. (10,25—10,75 M.); Rohstoffe 19,50—20,50 M. (16—19 M.); Hochofensalo 17,50—18,00 M. (15,50 bis 17,50 M.); Rostkohle 19,50—21,00 M. (18,50—19,50 M.); Bruttosalo 11,50—14,50 M. (10,75—13,50 M.). Am Durchschnitt betrugen demnach die Preiserhöhungen etwas mehr als 1 M.

Berlin, 7. April 1907. Max Schippel.

In England und Frankreich wiederholt sich die gleiche Entwicklung, obwohl weniger ausgeprägt und übertrieben. Stellt man neben den Ende März-Auswaelen für Deutschland die ersten April-Ausweise für die Bank von England und die Banque de France, so steht wie auf folgendes Ergebnis bei dem diesmal doppelt wichtigen Quotationsumschlag:

	Metzsbank		Bank von England		Bank von Frankreich	
	Mr.	Fr.	Mr.	Fr.	Mr.	Fr.
1905 . . .	1 015 884 000	88 745 000	8 868 750 000			
1906 . . .	888 980 000	87 178 000	8 975 749 000			
1907 . . .	775 072 000	84 841 000	8 555 571 000			
	Rotenumlauf:		Mr.	Fr.	Mr.	Fr.
1905 . . .	1 543 505 000	28 760 000	4 418 805 000			
1906 . . .	1 629 098 000	29 179 000	4 824 588 000			
1907 . . .	1 731 486 000	28 980 000	4 054 081 000			

Früher ließen die Banken hinter den Industriellen her, um sie zu Anlagen und Erweiterungen zu animieren; heute ist das Geld- und Kapital der umworbene Partei, und die vermittelnden Banken müssen den Kreditverlangenden Zurückhaltung predigen, um nicht selber zu Kolossen aufzutreten zu können.

Indes hat die kleine Erleichterung des Zinsstandes genügt, um die in der vorherigen Rundschau geschilderte Kurzverminderung leichtlich wieder auszugleichen. Der Einfluss wegen seitens derselben Gasproben für Montan-, Industrie-,

zu Punkt 2 hat niemand was zu sagen und unter „Verschiedenes“ weiß man nichts. In den 12 Jahren, die ich in der Agitationssession verbracht habe, hat sich ja vieles geändert, und ich sehe manchen hier, der früher am liebsten sagte: „Die Versammlung ist geschlossen“, der sich in verhältnismäßig kurzer Zeit die Rednertribüne erobert hat. Weden dem Vorsitzenden sollen sich alle Verwaltungsmittel einer gewissen Routine erwerben, leiner darf sagen: „Ich kann nicht!“ Wir haben doch so schöne Artikel in der Zeitung jetzt! Da sind z. B. die Aufsätze über die rückwärtigen Tiden, die die Unternehmer schufen, die Artikel über die Steuerklasse usw., alles Ding, die im Vordergrunde des Interesses stehen. Besuchen sich die Versammelten mit solchen durchaus ernsten Themen, dann unterbleibt der „Anatase“, die persönliche, unschöne Diskussion, worunter wir im Gau Brandenburg ja schon viel gelitten haben.

Durch Betriebsversammlungen, eventuell dort, wo die Kräfte bei uns nicht austreten, mit Hilfe der Gewerkschaftsräte, müsse der Boden geklaut werden. Zur Gewinnung der Arbeiterinnen soll eine Agitationssession mit meiner Frau als Referentin unternommen werden. Redner wendet sich mit einem scharfen Appell an die Anwesenden, um sie zu neuer energischer Agitation anzuhalten.

Gruß! Rummelsburg bringt in Anregung, die zahlreichen Missstände in den Textilbetrieben zum Verhandlungsgegenstand der Betriebsversammlungen zu machen. Redner bemängelt, daß die fremdsprachigen Statuten noch nicht für die Unterarbeiter herausgegeben worden seien. — **Kneisel**: Einmal mehr unterstützt die Anregungen der Vorredner. — **Hoffmann**: Vorst berichtet, daß die Arbeitsausschüsse wegen der großen Fluktuation nicht überall aufrecht zu erhalten gewesen seien. Es werde auch von diesen östec eine falsche Tatsat gegenüber Unorganisierten ausgeübt, die manchen löschen mache. — **Gretsch-Schwibus**: Man habe im letzten Jahre an 12 000 Flugblätter verteilt, doch sei die Organisation noch klein. Bei der Hausagitation durch Flugblätter habe man anfanglich 50 Proz. der Arbeiter einer Fabrik gewonnen, später aber nur kleine Erfolge erzielt. Man müsse dann eine andere Taktik einlegen. Die Filiale zählt 220–230 Frauen und 30 Männer als Organisierte. Er befürwortet die Anstellung einer Gütekraft für den Gauleiter und die Arbeitslosenunterstützung. — **Brüll**: Ich-Berlin teilt mit, daß gleich nach den Feierlagen die fremdsprachigen Proschriften und Statutenausgüsse zur Verteilung kommen. Der Zentralvorstand stehe auf dem Standpunkt, daß sich die nächste Generalversammlung mit der Arbeitslosenunterstützung beschäftigen werde, und der Gauvorstand sei sich darin einig, daß die Anstellung eines zweiten Gauleiters noch nicht nötig sei. — **Kutowski**: Landsberg a. W. bemängelt ebenfalls, daß die fremdsprachigen Proschriften noch nicht fertig seien, und berichtet, daß in Landsberg die Agitation sehr schwierig sei, da dort sehr viel fremde und ostpreußische Arbeiter beschäftigt würden. 1906 habe die Filiale circa 800 Mitglieder gezählt und innerhalb der letzten drei Jahre seien 1100 Mitglieder aufgenommen worden. Es herrsche eine große Fluktuation. Jetzt sei die Mitgliederzahl auf circa 570 herabgesunken. Die innere Organisation müsse vereinfacht werden, auch die Leitsätze für die Organisationsleiter, die ihre Arbeit nur im Nebenfach ausüben könnten, dann werde ein großes Feld für die Agitation frei. Redner befürwortet den Antrag Landsberg, bezüglich Abschluß von Lohntarifen, und regt an, daß Kollege Krebs dazu eine Agitationstour unternehmen müsse. — **Höpke**: Vorst empfiehlt ebenfalls Fabrikbesprechungen, doch müsse sich die Agitation nach den örtlichen Verhältnissen richten. Arbeitsausschüsse seien in großen Betrieben sehr von Vorteil, aber die große Fluktuation mache sie sehr bald illusorisch. Es reisten manchmal an 50 Kollegen zu gleicher Zeit ab, ohne sich abzumelden. Es ist für höhere Durchbildung der Kollegen und empfiehlt die Einrichtung von Unterrichtskursen, wie sie in Vorst durch die Partei und das Gewerkschaftsrat bestimmt seien. Das Schwergewicht sei bisher auf die Organisation der Weberarbeiter gelegt worden; man müsse auch die anderen Kategorien der hiesigen Textilarbeiter in die Bewegung hinzuziehen versuchen, wenn es auch schwierig sei, denn 2000 der hiesigen Organisierten seien Weber. Er glaubt, daß man die Hausagitation nur zu gezeiten treiben dürfe und legt mehr Gewicht auf das Agitationsmaterial, das durch die Unternehmer selbst geliefert werde. — **Leske-Spremberg**: Will die bürgerliche Presse aus den Arbeiterbewegungen entfernen, da sie der größte Feind der Arbeiterbewegung sei. Der Kastenkrieg innerhalb der Arbeiterbewegung müsse verschwinden und man müsse die Togearbeiter mehr zur Organisation hinzuziehen. — **Geschäftsführer Dörfl**: Kottbus ist dafür, daß sich die Agitation nach den Verhältnissen richten müsse. Auch die Hausagitation habe ihre Grenzen, und er betont, es sei nicht richtig, bei Kottbus einzige und allein auf dem Wirtschaftsstand herumzureilen. Man müsse mehr die dortigen Verhältnisse berücksichtigen. Kottbus sei Zentrale der Schörde und des Unternehmertums, aber trotzdem nehme die Mitgliederzahl zu. Die örtlichen Verhältnisse können nur beurteilt, wer sie kennt. Es sei verfehlt, nach einer zweiten Gauleiter zu verlangen, die Kollegen müßten mehr mitarbeiten. Auch Kottbus zeige eine große Fluktuation. Es werde dort vielleicht der beste Lohn in der Niederlausitz gezahlt, aber die Anarchie im Lohnunterschied sei unglaublich. — **Kotn**: Berlin: Es gebe noch im Gau an die 50 Orte, die einzeln an 2000 Arbeiter aufwiesen, wo noch niemand organisiert sei. Berlin habe den Gauleiter noch sehr wenig beschäftigt, doch habe man dort schon die neuständige Arbeitszeit und den 1. Mai frei. Man könne also auch ohne Beamte etwas erreichen. Man strebe dort schon nach dem 8½-stündigen Arbeitstag. In späterer Zeit sei die Anstellung vielleicht nötig. — **Geschäftsführer Gutberlet**: Spremberg: Es gehe an den Mitgliedern, daß man noch nicht besser vorwärts gekommen sei, die meisten seien nicht die Fachpresse und schwänzen die Versammlungen. Er meint, daß die Organisation noch nicht reif zur Arbeitslosenunterstützung sei, da das Spitalsystem zu groß sei und viele Kollegen gemahrgestellt würden. Auch die Anstellung eines zweiten Gauleiters hält er noch nicht für angebracht. — **Vünker**: Wittenerberg: Die Filiale zähle 600 (?) Mitglieder, darunter 200 weibliche und 120 männliche Weber. Er hält es für notwendig, daß durch weibliche Referenten mehr Frauenaufklärung getrieben werde. — **Kreuer**: Berlin weist als Vertreter des Zentralvorstandes die Vorwürfe betreffs des noch nicht fertiggestellten fremdsprachlichen Agitationsmaterials zurück. Es sei darüber auf der letzten Generalversammlung kein bestimmter Antrag angenommen, sondern nur zur Berücksichtigung an den Vorstand überwiesen worden. Der Zentralvorstand halte es für notwendig, besonders bei der Zusammenlegung verschiedener Filialen der Umgegend Berlins, daß Beamte angestellt werden müßten. Er hält gerade für Sacharbeiter eine Arbeitslosenunterstützung für notwendig und erklärt, daß der Zentralverband die Anregung bezüglich Vereinfachung der Geschäftsführung berücksichtigen werde.

Die Anträge,

1. durch Veranstaltung einer Agitationstour einer Referentin unter den Frauen eine größere Agitation zu entfalten,
2. in eine rege Agitation zwecks Abschluß von Lohnarifen einzutreten, und
3. die nächste Gaukonferenz in Brandenburg abzuhalten, werden angenommen.

Nach einem Schlubwort des Vorsitzenden und der Abstimmung der ersten Strophe der Arbeiterschaftsräte wurde die Gaukonferenz geschlossen.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie. Deutsches Reich.

In der Textilindustrie und Weber in Schlesien verlangen die Arbeiter, die seit zuletzt beim Deutschen Textilarbeiterverbande eingetragen, eine Verkürzung der Arbeitszeit und 6 Proz. Lohnsteigerung. Nach einer zweistündigen Verhandlung, welche zwischen

dem Arbeitsausschuß und der Direktion stattfand, gab die Firma folgendes bekannt:

An den Arbeitsausschuß der Norddeutschen Jutespinnerei und Weberei Schiffsbed.

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 5. cr. und der heutigen Besprechung mit dem Arbeitsausschuß machen wir folgende Vorschläge:

1. Vom 4. April ab bis 3. Juli wird zur Probe die Hamburger Arbeitszeit eingeführt; diese ist festgesetzt wie folgt:

Bon Montag bis Freitag	Arbeitszeit
Bon 6-8½ Uhr =	2½ Stunden
½ Stunde Frühstückspause	
Bon 9-12½ Uhr =	3½ *
1 Stunde Mittagspause	
Bon 1½-5½ Uhr =	4 *
	pro Tag = 10 Stunden

10 Stunden × 5 Tage = 50 Stunden

Sonnabends:

Bon 6-8½ Uhr = 2½ *

½ Stunde Frühstückspause

Bon 9-1 Uhr = 4 *

Zusammenfassung pro Woche 56½ Stunden

2. Vom 4. Juli bis 2. Oktober soll, falls dies die Arbeiter bis zum 10. Juni cr. der Direktion mitgeteilt haben, folgende Arbeitszeit eingeführt werden:

Bon Montag bis Freitag	Arbeitszeit
Bon 6-8½ Uhr =	2½ Stunden
½ Stunde Frühstückspause	
Bon 9-12½ Uhr =	3½ *
1 Stunde Mittagspause	
Bon 1½-5½ Uhr =	4 *
	pro Tag = 10½ Stunden

10½ Stunden × 5 Tage = 52½ Stunden

Sonnabends:

Bon 6-8½ Uhr = 2½ *

½ Stunde Frühstückspause

Bon 9-12½ Uhr = 4 *

Zusammenfassung pro Woche 59 Stunden

In beiden Fällen tritt sowohl für Tagelohn- wie für Alfordarbeiter eine Lohn erhöhung von 2½ Proz. ein, wobei die jetzigen Prämien von 50 Pf. pro Woche und die Lohnzuschläge beibehalten. Die Arbeiter erhalten bei einer ununterbrochenen Arbeitsdauer

von 6 Monaten 7,50 M.

" 1 Jahr 15 "

" 2 Jahren 22,50 "

und nach dem neuesten Uras der Direktion soll bei einer dreijährigen Arbeitsdauer eine Weihnachtsgratifikation von 30 M. ausbezahlt werden.

Die Direktion ist jedoch bereit, auch 5 Proz. Lohn erhöhung zu zahlen; in diesem Falle würden aber die Prämien und Lohnzuschläge wegfallen.

Die Arbeiterschaft hat selbstverständlich den ersten Vorschlag angenommen. Er kann natürlich nur als eine Abschlagszahlung betrachtet werden.

Die Lohnbewegung der Göppinger Weber ist in ein neues Stadium eingetreten. Nach dem Urteil des Amtsgerichtes haben es die Arbeitgeber abgelehnt, dem Textilarbeiterverband Antwort auf die Verteilung der Kollegen und empfiehlt die Einrichtung von Unterrichtskursen, wie sie in Vorst durch die Partei und das Gewerkschaftsrat schon in die Wege geleitet seien. Das Schwergewicht sei bisher auf die Organisation der Weberarbeiter gelegt worden; man müsse auch die anderen Kategorien der hiesigen Textilarbeiter in die Bewegung hinzuziehen versuchen, wenn es auch schwierig sei, denn 2000 der hiesigen Organisierten seien Weber. Er glaubt, daß man die Hausagitation nur zu gezeiten treiben dürfe und legt mehr Gewicht auf das Agitationsmaterial, das durch die Unternehmer selbst geliefert werde. — **Leske-Spremberg**: Will die bürgerliche Presse aus den Arbeiterbewegungen entfernen, da sie der größte Feind der Arbeiterbewegung sei. Der Kastenkrieg innerhalb der Arbeiterbewegung müsse verschwinden und man müsse die Togearbeiter mehr zur Organisation hinzuziehen. — **Geschäftsführer Dörfl**: Kottbus ist dafür, daß sich die Agitation nach den Verhältnissen richten müsse. Auch die Hausagitation habe ihre Grenzen, und er betont, es sei nicht richtig, bei Kottbus einzige und allein auf dem Wirtschaftsstand herumzureilen. Man müsse mehr die dortigen Verhältnisse berücksichtigen. Kottbus sei Zentrale der Schörde und des Unternehmertums, aber trotzdem nehme die Mitgliederzahl zu. Die örtlichen Verhältnisse können nur beurteilt, wer sie kennt. Es sei verfehlt, nach einer zweiten Gauleiter zu verlangen, die Kollegen müßten mehr mitarbeiten. Auch Kottbus zeige eine große Fluktuation. Es werde dort vielleicht der beste Lohn in der Niederlausitz gezahlt, aber die Anarchie im Lohnunterschied sei unglaublich. — **Kotn**: Berlin: Es gebe noch im Gau an die 50 Orte, die einzeln an 2000 Arbeiter aufwiesen, wo noch niemand organisiert sei. Berlin habe den Gauleiter noch sehr wenig beschäftigt, doch habe man dort schon die neuständige Arbeitszeit und den 1. Mai frei. Man könne also auch ohne Beamte etwas erreichen. Man strebe dort schon nach dem 8½-stündigen Arbeitstag. In späterer Zeit sei die Anstellung vielleicht nötig. — **Geschäftsführer Gutberlet**: Spremberg: Es gehe an den Mitgliedern, daß man noch nicht besser vorwärts gekommen sei, die meisten seien nicht die Fachpresse und schwänzen die Versammlungen. Er meint, daß die Organisation noch nicht reif zur Arbeitslosenunterstützung sei, da das Spitalsystem zu groß sei und viele Kollegen gemahrgestellt würden. Auch die Anstellung eines zweiten Gauleiters hält er noch nicht für angebracht. — **Vünker**: Wittenerberg: Die Filiale zähle 600 (?) Mitglieder, darunter 200 weibliche und 120 männliche Weber. Er hält es für notwendig, daß durch weibliche Referenten mehr Frauenaufklärung getrieben werde. — **Kreuer**: Berlin weist als Vertreter des Zentralvorstandes die Vorwürfe betreffs des noch nicht fertiggestellten fremdsprachlichen Agitationsmaterials zurück. Es sei darüber auf der letzten Generalversammlung kein bestimmter Antrag angenommen, sondern nur zur Berücksichtigung an den Vorstand überwiesen worden. Der Zentralvorstand halte es für notwendig, besonders bei der Zusammenlegung verschiedener Filialen der Umgegend Berlins, daß Beamte angestellt werden müßten. Er hält gerade für Sacharbeiter eine Arbeitslosenunterstützung für notwendig und erklärt, daß der Zentralverband die Anregung bezüglich Vereinfachung der Geschäftsführung berücksichtigen werde.

Es wird deshalb vor Zugzug gewarnt.

450 Textilarbeiter haben in Stadt Oldendorf ihre Kündigung eingereicht. Sie verlangen Lohn erhöhung. Der Durchschnittslohn beträgt 11–13 M. Zugzug ist fernzuhalten.

In den Textilbetrieben (Buntweberei v. Boehm und Gelzer u. Dräse) in M. Gladbach sind die Weber in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Unternehmer sträuben sich, den Arbeitern irgendwelche Konzessionen zu machen. Hoffentlich verstehen es die Arbeiter, die gute Konjunktur zur Besserung ihrer Lebenshaltung auszunutzen.

Zum Streik in Weinersdorf i. Erzgebirge. Der nun schon seit mehreren Wochen währende Streik in der Strumpffabrik von Dresden u. Günther dauert fort. Alle angestrebten Einigungsverhandlungen blieben bisher ohne Erfolg.

Lohnbewegung der Weber in Werda. In eine Lohnbewegung sind die Fabrikarbeiter und Weberinnen in Werda eingetreten.

Der Streik in der Baumwollspinnerei Zwickau dauert unverändert fort. Die Zahl der Streitenden ist dieselbe geblieben. Keiner ist abgefallen, was jedenfalls der Unternehmer nicht vermutet hatte zu Anfang des jetzt schon zweidörfigen Streiks. Werlangt einer von den Streitenden seine Papiere, so werden ihm diese nicht ausgehändiggt. Besonders den streitenden Arbeiterinnen beweigert man die Papiere, mit dem Bemerkten: „Sie mögen noch einige Tage warten.“ Hoffentlich greift bald eine bessere Einsicht bei dem Unternehmer Platz, so daß er seine geschulten Arbeiter nicht verliert. Zugzug ist nach wie vor strengstens fernzuhalten.

Die Samtschneidern in Gainsberg i. S. 56 an Zahl fordern eine Lohn erhöhung, sind aber noch nicht in den Streik getreten.

Der Streik der Filzstocherarbeiter in Gera ist zugunsten der Arbeiter beendet worden. Es wurde die zehnstündige Arbeitszeit und für Arbeiterinnen eine Lohn erhöhung von 7 Proz. für männliche Arbeiter von 9–10 Proz. erreungen.

Die Weber in Einbeck sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Zugzug sollte man fernhalten.

Der Kampf der Berliner Webelohner dauernd nun schon 18 Wochen und noch sind die Reihen der kämpfenden geschlossen noch sind die Fabrikanten auf der Suche nach Arbeitswilligen, die sich im Verhältnis zu der Zahl der Ausgesetzten recht spärlich einfinden. Heute wird den „ausgeländeten“ Webelern, wie die „grüne“ Zeitung die Streitposten nennt, Gehör geschenkt, und die Arbeitswilligen, soweit die selben sich nicht als „Stümper“ qualifizieren, sind aufzufinden, und bei dieser schönen Jahreszeit nicht in einem der „Paradiese“ arbeiten zu müssen. Die Lage eines solchen Arbeitswilligen ist wirklich nicht hervorhebenswert, denn der Andeut einer durch die ungewöhnliche Weise „Arbeitswilligen“ qualifizierten Arbeitnehmer soll auch durch Arbeitswilligen zeigen, wie gearbeitet werden muß.

Die Herren verfehlten es weitgehend, die Außenwelt Gang in die Augen zu treten, um der erzielten Weltweit zu beweisen wie sehr sie nötig und wie die Arbeiter schwelgen. Natürliche sind es nicht die Unternehmer, die nach der Mutter Tiro, der

Schweiz und in die Bäder reisen, um sich zu „erholen“, sondern die Arbeiter, während die armen Fabrikanten am Hungertische nagen.

Rund werden in der „Grauen“ Löhne angeführt, die in ihren höchsten Klassen nur von Werkführern erzielt wurden, andernteils mit der Wahheit sehr auf dem Kriegsschauplatz stehen. Da es den Fabrikanten trotz Hinzurechnung sämtlicher Überstunden nicht gelungen ist, bei 43 Mann, die ein volles Jahr beschäftigt waren, den Minimallohn herauszurechnen, so ticketet sich das Nachstoß, daß ja nur eine schwarze Liste darstellt, von selbst. Wer die Berliner Verhältnisse kennt, wird wissen, daß der Arbeiter durch die hohen Rieten gezwungen ist, die Peripherie und die Vororte zu bebauen und die Bahn benutzen muß, um die Arbeitsstelle zu erreichen. Ferner stellt das Großstadtbüro Ansprüche an den Arbeiter, die sich in der Provinz nicht bemerkbar machen. Außerdem ist nach der Saison stets eine große Anzahl Arbeitsloser vorhanden. Es kommt öfter vor, daß mancher Unternehmer in einer Woche vier Mann einstellt und am Samstag sechs Mann entlädt, so daß mancher Gehilfe im Jahr bei vier oder bei mehr als 100 Gehilfen der Lohn ist, kann sich jeder selbst vorstellen und begreifen, daß die ganze ungeteilte Arbeitskraft der Frau und Kinder notwendig ist, um die notwendigen Bedürfnisse zu bestreiten. Wie interessant dann noch gearbeitet wird, verhält man wohlweislich, ebenso, daß bis ins kleinste Detail jede Minute aufgeschrieben wurde, um herauszurechnen, ob der glückliche Arbeiter den früheren Altkordlohn auch verdiente. Es ist auch erwähnenswert, daß in den meisten Firmen 2–3 Inhaber „ihre Arbeitszeit“ damit ausfüllten, abwechselnd, oft auf den Beinplatten schlechend, ihre Arbeiter zu beobachten. Aus allen diesen Gründen hält es Zugzug von Berlin fern. Achtet darauf, daß nirgends Streikarbeit angefertigt wird. Jede offene Stelle ist nach wie vor dem Central-Nachschlag der Gehilfen Deutschlands zu melden. Sorgt dafür, daß allorts die Praktiken der Unternehmer ins richtige Licht gestellt werden

eigle übrigens Abg. Bassermann gleichfalls, denn seine Forderungen in die Regierung berechtigte Forderungen — in seinem Sinne — erfüllt, bestätigt, dass er der Ansicht ist, auch die allerbescheidensten sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter seien noch nicht erfüllt. Das ist aber nicht allein Schuld der Regierung, sondern auch — oder noch mehr — der bürgerlichen Parteien, und die von Bassermann in die Regierung gerichtete Aufforderung war eine lässige Selbstkritikierung der bürgerlichen Sozialpolitik. Bassermann plädierte nach dafür, erst das Vereins- und Versammlungsrecht zu revidieren und dann erst den Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine vorzulegen. Ganz unsere Ansicht, zu der der Herr Abg. vor erst durch Hinweise seitens der Arbeiterpresse gekommen zu sein scheint. Bassermann empfahl auch in anerkannterweiter Weise der Regierung, den Tarifverträgen zwischen Unternehmern und Arbeitern mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden, denn sie seien geeignet, die zwischen diesen beiden Schichten sich abspielenden Spannungen zu mildern. Der Abg. L e h e m e i r vom Zentrum zeigte als ein Feind der Haustierer und Detailreisenden, deren Tätigkeit kleine Gewerbetreibende schädige; er wünschte Einschränkung des Haustierers und Detailreisens und unterstützte damit die seit langem von den konservativen betriebene Mittelstandspolitik sozialistischer Sorte. In großen Bürgen sollte dann Abg. Dr. Naumann die Mängel der bürgerlichen Sozialpolitik auf. Gleichzeitig nahm er der Regierung die Schuld daran bei, um, wie schien die bürgerlichen Parteien zu entlasten. Naumann konstatierte dabei, dass für eine Reihe sozialpolitischer Forderungen im letzten wie im neuen Reichstage eine Mehrheit vorhanden war und, dass sie aber immer nur referierend und bittend vor dem undestat gestanden habe, der leider ihren Wünschen nicht nachgab. Also auch Naumann stellte fest — wenn auch unbeabsichtigt —, ob die bürgerlichen Parteien die sozialpolitischen Forderungen in Fragen verdeckt haben. Der sozialdemokratische Abg. H o d z i gte dann scharf, wie recht Naumann hatte, und wie die bürgerlichen Parteien sich nicht nur bittend an den Bundesrat wandten, sondern sich sogar vor ihm duckten. Naumann hatte eine Organisation der Produktionsfaktoren gefordert, die er mit „Industriekonsolidarismus“ bezeichnete, auch zur Sicherung einer guten Arbeitsverfassung“ Arbeitserlernern, Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechts sowie ein Reichsvereinsgesetz verlangt. Dagegen hatte Naumann noch den Nachweis, dass durch die Handhabung und Auslegung der einschlägigen Gesetze den Arbeitern zum Teil wieder verloren wird, was ihnen diese Gesetze garantieren sollten. Graf o s a d o v s t h nannte die Rede Naumanns ein „philosophisches Programm“ und bestritt, dass Deutschland Sozialgesetzgebung hinter anderen Staaten zurückstehe. Der Staatssekretär gab zu, dass es in der R e i c h s b e r i n g e s e z das Gesetz über die Berufsvereine verhindern würde; dass zu erwartende Gesetze müsse jedoch in modernes Gesetz sein. Die Junter erschrak darüber sichtlich, was dem Staatssekretär zu der Einschränkung seiner Ansicht platz gab, dass dieses Gesetz zugleich die „Sicherheit der öffentlichen Ordnung“ verbürgen müsse. Es muss also modern sein im Sinne der polizeilichen Bevormundung, die Anwendung des Gesetzes soll polizeilich geregt werden. Das war der Sinn der Rede. Seine Anerkennung auf das Gesetz, dass das Interbindungsrecht von Freien freigab, war nicht gerade glücklich gewählt, denn dieses Gesetz ist der Entwidmung nur nachgehnkt. Soll das Gesetz streitend die Berufsvereine auch nur eine Festlegung dessen sein, dass ich schon ohne Gesetz entwidelt hat, oder soll es der weiteren Entwidmung der Verhältnisse die Bahn ebnen? Nach der Probe, die uns schon vorlag, ist das letztere auch jetzt nicht zu erwarten. Der Nationalliberale S t r e s e m a n n , Syndikus des Verbändes bürgerlicher Industrieller, wiederholte die Phrase: die bürgerlichen Parteien sollten nun, nachdem die Sozialdemokratie bei den Wahlen „Rückschlüsse“ sei, eine fruchtbare Sozialpolitik durchführen, mit die Arbeiter den „nationalen“ Parteien zurückgewinnen würden. Dagegen ließe sich an sich nichts sagen, denn schon im eigenen Interesse ihrer selbst sollten die bürgerlichen Parteien das versuchen, anders müsste sich der „Rückgang“ der Sozialdemokratie wieder ein weiteres Vorwürfe derselben verhindern. Die bürgerlichen Parteien rechnen ganz richtig, wenn sie eine fruchtbare Sozialpolitik gerade für notwendig halten. Was tun sie aber, um ihren Gedanken auf das Gesetz, das das Interbindungsrecht von Freien freigab, war nicht gerade glücklich gewählt, denn dieses Gesetz ist der Entwidmung nur nachgehnkt. Soll das Gesetz streitend die Berufsvereine auch nur eine Festlegung dessen sein, dass ich schon ohne Gesetz entwidelt hat, oder soll es der weiteren Entwidmung der Verhältnisse die Bahn ebnen? Nach der Probe, die uns schon vorlag, ist das letztere auch jetzt nicht zu erwarten.

Der Nationalliberale S t r e s e m a n n , Syndikus des Verbändes bürgerlicher Industrieller, wiederholte die Phrase: die bürgerlichen Parteien sollten nun, nachdem die Sozialdemokratie bei den Wahlen „Rückschlüsse“ sei, eine fruchtbare Sozialpolitik durchführen, mit die Arbeiter den „nationalen“ Parteien zurückgewinnen würden. Dagegen ließe sich an sich nichts sagen, denn schon im eigenen Interesse ihrer selbst sollten die bürgerlichen Parteien das versuchen, anders müsste sich der „Rückgang“ der Sozialdemokratie wieder ein weiteres Vorwürfe derselben verhindern. Die bürgerlichen Parteien rechnen ganz richtig, wenn sie eine fruchtbare Sozialpolitik gerade für notwendig halten. Was tun sie aber, um ihren Gedanken auf das Gesetz, das das Interbindungsrecht von Freien freigab, war nicht gerade glücklich gewählt, denn dieses Gesetz ist der Entwidmung nur nachgehnkt. Soll das Gesetz streitend die Berufsvereine auch nur eine Festlegung dessen sein, dass ich schon ohne Gesetz entwidelt hat, oder soll es der weiteren Entwidmung der Verhältnisse die Bahn ebnen? Nach der Probe, die uns schon vorlag, ist das letztere auch jetzt nicht zu erwarten. Der Nationalliberale S t r e s e m a n n , Syndikus des Verbändes bürgerlicher Industrieller, wiederholte die Phrase: die bürgerlichen Parteien sollten nun, nachdem die Sozialdemokratie bei den Wahlen „Rückschlüsse“ sei, eine fruchtbare Sozialpolitik durchführen, mit die Arbeiter den „nationalen“ Parteien zurückgewinnen würden. Dagegen ließe sich an sich nichts sagen, denn schon im eigenen Interesse ihrer selbst sollten die bürgerlichen Parteien das versuchen, anders müsste sich der „Rückgang“ der Sozialdemokratie wieder ein weiteres Vorwürfe derselben verhindern. Die bürgerlichen Parteien rechnen ganz richtig, wenn sie eine fruchtbare Sozialpolitik gerade für notwendig halten. Was tun sie aber, um ihren Gedanken auf das Gesetz, das das Interbindungsrecht von Freien freigab, war nicht gerade glücklich gewählt, denn dieses Gesetz ist der Entwidmung nur nachgehnkt. Soll das Gesetz streitend die Berufsvereine auch nur eine Festlegung dessen sein, dass ich schon ohne Gesetz entwidelt hat, oder soll es der weiteren Entwidmung der Verhältnisse die Bahn ebnen? Nach der Probe, die uns schon vorlag, ist das letztere auch jetzt nicht zu erwarten.

Der Nationalliberale S t r e s e m a n n , Syndikus des Verbändes bürgerlicher Industrieller, wiederholte die Phrase: die bürgerlichen Parteien sollten nun, nachdem die Sozialdemokratie bei den Wahlen „Rückschlüsse“ sei, eine fruchtbare Sozialpolitik durchführen, mit die Arbeiter den „nationalen“ Parteien zurückgewinnen würden. Dagegen ließe sich an sich nichts sagen, denn schon im eigenen Interesse ihrer selbst sollten die bürgerlichen Parteien das versuchen, anders müsste sich der „Rückgang“ der Sozialdemokratie wieder ein weiteres Vorwürfe derselben verhindern. Die bürgerlichen Parteien rechnen ganz richtig, wenn sie eine fruchtbare Sozialpolitik gerade für notwendig halten. Was tun sie aber, um ihren Gedanken auf das Gesetz, das das Interbindungsrecht von Freien freigab, war nicht gerade glücklich gewählt, denn dieses Gesetz ist der Entwidmung nur nachgehnkt. Soll das Gesetz streitend die Berufsvereine auch nur eine Festlegung dessen sein, dass ich schon ohne Gesetz entwidelt hat, oder soll es der weiteren Entwidmung der Verhältnisse die Bahn ebnen? Nach der Probe, die uns schon vorlag, ist das letztere auch jetzt nicht zu erwarten.

Der Nationalliberale S t r e s e m a n n , Syndikus des Verbändes bürgerlicher Industrieller, wiederholte die Phrase: die bürgerlichen Parteien sollten nun, nachdem die Sozialdemokratie bei den Wahlen „Rückschlüsse“ sei, eine fruchtbare Sozialpolitik durchführen, mit die Arbeiter den „nationalen“ Parteien zurückgewinnen würden. Dagegen ließe sich an sich nichts sagen, denn schon im eigenen Interesse ihrer selbst sollten die bürgerlichen Parteien das versuchen, anders müsste sich der „Rückgang“ der Sozialdemokratie wieder ein weiteres Vorwürfe derselben verhindern. Die bürgerlichen Parteien rechnen ganz richtig, wenn sie eine fruchtbare Sozialpolitik gerade für notwendig halten. Was tun sie aber, um ihren Gedanken auf das Gesetz, das das Interbindungsrecht von Freien freigab, war nicht gerade glücklich gewählt, denn dieses Gesetz ist der Entwidmung nur nachgehnkt. Soll das Gesetz streitend die Berufsvereine auch nur eine Festlegung dessen sein, dass ich schon ohne Gesetz entwidelt hat, oder soll es der weiteren Entwidmung der Verhältnisse die Bahn ebnen? Nach der Probe, die uns schon vorlag, ist das letztere auch jetzt nicht zu erwarten.

Mitstände im Textilgewerbe.

In der Zute-Spinnerei und Weberei in Schiffbau lässt die Behandlung der Arbeiter durch die Angestellten sehr viel zu wünschen übrig. Besonders haben die jugendlichen Arbeiter in der Spinnerei durch die unethische Schulunterrichtung zu leiden. Manche Aufseher und Viezen lassen sich sogar beim geringsten Vergehen zu Tätschkeiten hinziehen. Das ist ein Standart!

Aber alles das braucht nicht mehr vorzukommen und würde nicht mehr vorkommen, wenn alle Arbeiter und Arbeitnehmer vollends dem Verband der deutschen Textilarbeiter beitreten würden.

Hoffentlich geschieht das nun auch, denn selbst der Direktor, Herr Meyer, sagte, er verhandele lieber mit organisierten als mit unorganisierten Arbeitern.

Deshalb Ihr Arbeitskollegen und Kolleginnen: Hinein in den Verband!

In Obersdorf hatte ein Weber trotz öftener Nellsammlung vier Wochen lang nur einen Schuss auf einem Webstuhl, des weiteren durchbar schlechtes Garn, so dass es ihm nicht möglich war, mehr als durchschnittlich 25—28 M. zu Hause; ja, wir hatten Gelegenheit, Lohnbeute zu sehen, was noch weniger darauf vermerkt war. Wir glauben es den Fabrikanten recht geben, wenn sie im Handelskammerbericht über Arbeitermangel in der Tafelindustrie klagen. Nach solchen Löhnen schenken sich nicht viele Arbeiter.

Lauban. Wie überall, so ist auch hier jetzt ein guter Geschäftsgang zu verzeichnen. Daß aber die gute Konjunktur von den Arbeitern ausgenutzt würde, davon hört man nichts. Familienväter gehen jetzt bei „guten Seiten“ (für die Fabrikanten) mit 6, 7, 8, 9 M. zu Hause; ja, wir hatten Gelegenheit, Lohnbeute zu sehen, was noch weniger darauf vermerkt war. Wir glauben es den Fabrikanten recht geben, wenn sie im Handelskammerbericht über Arbeitermangel in der Tafelindustrie klagen. Nach solchen Löhnen schenken sich nicht viele Arbeiter.

Kollegen, die Ihr schon jahrelang in diesen dumpfen Nächten steht, soll das so weiter gehen? Wollt Ihr warten, bis die Krise mit all ihren Folgen hereinbricht? Nein und abermals nein, Ihr müsst handeln. Jeder wäre seinen Mitarbeiter über den Wert der Organisation auf und suche ihn für uns zu gewinnen. Nur wenn keine Arbeiterschaft eines Betriebes vereint vorgeht, mit Hilfe des Verbandes, wird es für alle von Nutzen sein.

Kollegen, die Ihr schon jahrelang in diesen dumpfen Nächten steht, soll das so weiter gehen? Wollt Ihr warten, bis die Krise mit all ihren Folgen hereinbricht? Nein und abermals nein, Ihr müsst handeln. Jeder wäre seinen Mitarbeiter über den Wert der Organisation auf und suche ihn für uns zu gewinnen. Nur wenn keine Arbeiterschaft eines Betriebes vereint vorgeht, mit Hilfe des Verbandes, wird es für alle von Nutzen sein.

Filmhorn. Am Sonnabend, den 6. April, fand unsere regelmäßige Mitgliedererversammlung statt, zu welcher sämtliche Arbeiter der mechanischen Weberei, Bleicherei und Färberrei G. m. b. H. Filmhorn eingeladen waren. Auf der Tagesordnung stand u. a. wieder die Feier des 1. Mai. Der Arbeiterausschuss erstattete hierzu zunächst einen Bericht, aus welchem zu erschien war, dass er trotz mehrmaliger Verhandlung mit der Firma in betrifft der Arbeitsruhe am Weltfeiertag nichts anderes erreichen konnte, als das, doch wenn die Arbeiter den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern, die folgenden 4 Tage ausgespart werden. Es entspann sich hierüber eine lange Debatte, worin sich sämtliche Redner für die Feier aussprachen. Von der sehr gut besuchten Versammlung wurde mit allen gegen 3 Stimmen beschlossen, am 1. Mai trotz der angedrohten Maßregelung die Arbeit ruhen zu lassen. Ferner wurde beschlossen, am 2. Mai unter Hinzuziehung des Gauleiters um 9 Uhr vormittags eine Versammlung einzuberufen, um zu den eventuellen Maßregelungen Stellung zu nehmen. Die Verantwortung für das was kommen wird, hat die Firma selbst zu tragen.

Großenhain. Der Raum der Mittelstandstreiter, betreffend die Erhaltung des Mittelstandes, charakterisiert sich in unserem, einst weltberühmten Textilindustriestadt recht deutlich als inhaltslose Phrase. Immer mehr verschwinden die kleinen Fabrikanten, um dem Großkapitalismus Platz zu machen. Nachdem die Firma von G. a. f. t. e. r. M a c h. schon längst die Sterbfratrate erhalten hat, hat diese nunmehr die letzten Lebensgeister von sich gegeben. Innerhalb zwölf Jahren ist es die erste Weberrei, die gezwungen ist, den Betrieb einzustellen. Sie vorangegangen sind die Firmen: B a n g e u . C o . S c h i l l i n g u . B i l l i p p , C h e i m e , P o m e l (später in denselben Betrieb H e r b u . G ö b ., dann Steinberg) und Regel. Nicht der Großbetrieb allein ist es, der den kleinen Unternehmern den Garous macht, es wirken auch andere Faktoren mit; u. a. allzu große Sparfamilie, Kurzfristigkeit oder ungenügende Mittel sind vielfach die Ursache dazu. Während andere Unternehmer sich die Technik zunutze machen, ritten jene auf dem alten Steckenfeld fort, bis es unter ihnen zusammenbrach. Durch zu hohe Löhne an die Arbeiter sind die Fabrikanten nicht augrunde gegangen; denn diese sind heute noch als sehr minimal zu bezeichnen. Hungerlöhne von 10 M. pro Woche und noch weniger sind gar keine Seltenheit. Angesichts dieses Niederganges muss es einem vernünftigen Menschen die Stiefel ausziehen, wenn man die Wirtschaftspatrioten von der Erhaltung des Mittelstandes faseln hört. Wo sind denn die kleinen Luchmachermeister von anno damals geblieben? Sie muhten den technischen Entwicklung weichen; den kleinen Fabrikanten, die sich den Kraftstuhl zunutze gemacht hatten. Und heute sehen wir diese Fabrikanten wieder verschwinden, indem sie gegenüber den größeren Unternehmungen konkurrenzfähig geworden sind. Der Erfindungsgeist, das unglaubliche Empfangen der technischen Entwicklung und dazu die großkapitalistischen Unternehmungen scheren sich den Teufel um so einen kleinen Kreisler, der den Mittelstand retten will. Und was haben die Arbeiter, die modernen Lohnblätter demgegenüber zu tun? Für sie gilt es, mächtige Organisationen zu schaffen, die dem unvermeidlichen Auf- und Ablösungsprozess gewappnet gegenüberstehen. Jeder einzelne tut seine Pflicht, um neue Mitglieder für seine Organisation zu gewinnen.

Grünenberg. Endlich scheint es auch unter den hiesigen Textilarbeitern zu dämmern. Der außerordentlich gute Geschäftsgang veranlasste die Arbeiter, an die Verwaltung der Filiale das Ergebnis zu stellen, die Arbeitung in die Wege zu leiten. In mehreren Fabrikbesprechungen, welche meistens sehr gut besucht waren, wurde der Beschluss gefasst, zunächst für die Appreturarbeiter eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchzuführen. Den Anfang machten die Arbeiter der sächsischen Luchmachermeister R. Wolff A.-G. Sie forderten 20 Proz. Lohnerhöhung, 10stündige Arbeitszeit, Bezahlung der Überstunden mit 10 Pf. Zuschlag pro Stunde und einige andere unbedeutende Zugeständnisse.

Erlungen wurden 10 Proz. Lohnerhöhung, Bezahlung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde, für Überstunden 10 Pf. Zuschlag pro Stunde. Die Bezahlung der Arbeitszeit soll auf drei Monate prolemweise eingeführt werden. Die Vergünstigungen einschließlich der Bezahlung der Arbeitszeit verstehen sich nur für die Appretur, wo fast ausschließlich männliche Arbeiter beschäftigt werden, während in der Weberei und Spinnerei, wo fast nur Frauen beschäftigt sind, der 11stündige Arbeitstag fortbesteht. Man hat also hier das ergötzliche Schauspiel, dass die Männer um 6 Uhr nach Hause gehen können, während die Frauen bis 17 Uhr arbeiten müssen. Es wäre ja eine Kleinigkeit, bei einem Zusammensetzen der Arbeitnehmer auch diesen eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erringen, aber es ist fast leichter, einem Dosen das Seiflängen zu lernen, als die hiesigen Frauen für die Organisation zu gewinnen. Da hoffentlich besser sie sich noch. In den anderen Betrieben rumorte es nur ebenfalls. Fabrikbesprechungen wurden abgehalten und den Unternehmern Forderungen unterbreitet. Sehr verschieden waren die erzielten Erfolge. In der Luchmacher-Werksfabrik wurden erzielt 10 Proz. Lohnerhöhung, Bezahlung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde und für Überstunden 6 Pf. Zuschlag. In den anderen Betrieben wurden Lohn erhöhungen von 1/2—2 M. erzielt. Eine Verkürzung der Arbeitszeit konnte momentan noch nicht erreichen werden. Letzter waren die Arbeiter bis dato noch nicht in dem Maße organisiert, um hier den nötigen Druck ausüben zu können. Jetzt scheint es ja anders werden zu wollen. In letzter Zeit ist ein erfreuliches Stelzen der Mitgliedschaft zu bemerken. Wenn es so weiter geht, und viele Anreihen brechen dafür dann wird es leicht möglich sein, für alle Arbeiter eine Arbeitgeberverbürgung durchzusetzen. Es ist durchaus notwendig, dass dieser Frage die größte Aufmerksamkeit ge-

widmet wird; denn vieles liegt noch im argen in dieser Beziehung. In manchen Fabriken ist eine Arbeitszeitgang und gäbe, wie man als geradezu unheimlich bezeichnen muss. Bei der Firma Engl. Wollwaren-Manufaktur schreibt die Fabrikordnung vor, dass Arbeiter Überstunden machen müssen, und zwar bis 77 Stunden die Woche. Es ist aber nachgewiesen, dass sogar bis 100 Stunden und darüber in einer Woche gearbeitet wurde. Erst kürzlich wurde ein Abteilungsleiter dieser Firma vom hiesigen Schöffengericht bestraft (allerdings nur mit 5 M.), weil er sogar Sonntags Arbeiter beschäftigt hatte. Diese Zustände dürfen sich nicht verewigen. Es muss gelingen, Zustände zu schaffen, bei denen der Arbeiter sich als Mensch fühlen und als Mensch leben kann. Dazu ist aber notwendig, dass jedes Mitglied nach besten Kräften für Ausbreitung des Verbandes Sorge trägt und der Geschäftsführer von allem, was in den Betrieben vorgeht, interessiert wird, damit dort, wo es notwendig ist, der Hebel angesezt werden kann.

Lauban. Wie überall, so ist auch hier jetzt ein guter Geschäftsgang zu verzeichnen. Daß aber die gute Konjunktur von den Arbeitern ausgenutzt würde, davon hört man nichts. Familienväter gehen jetzt bei „guten Seiten“ (für die Fabrikanten) mit 6, 7, 8, 9 M. zu Hause; ja, wir hatten Gelegenheit, Lohnbeute zu sehen, was noch weniger darauf vermerkt war. Wir glauben es den Fabrikanten recht geben, wenn sie im Handelskammerbericht über Arbeitermangel in der Tafelindustrie klagen. Nach solchen Löhnen schenken sich nicht viele Arbeiter.

Kollegen, die Ihr schon jahrelang in diesen dumpfen Nächten steht, soll das so weiter gehen? Wollt Ihr warten, bis die Krise mit all ihren Folgen hereinbricht? Nein und abermals nein, Ihr müsst handeln. Jeder wäre seinen Mitarbeiter über den Wert der Organisation auf und suche ihn für uns zu gewinnen. Nur wenn keine Arbeiterschaft eines Betriebes vereint vorgeht, mit Hilfe des Verbandes, wird es für alle von Nutzen sein.

Bei der Firma Gebr. Wendershausen war zwei organisierten Arbeitern ein Abzug von einem Mark pro Woche gestattet worden. Der Verband verließ am 1. März für diesen Betrieb eine Fabrikversammlung ein. Am 1. März, wo gerade Zahltag war, wurde nun jedoch organisierten Kollegen gefündigt; darunter Leuten, die mit der Sache absolut nichts zu tun hatten. Leider verhielt sich die Gesamtdeutscherschaft gegenüber diesem Unternehmer neutral; sie war eingeschüchtert. Nur die Arbeiterrinnen heilten Courage. Herr Wendershausen ist Vorsitzender vom Freiinnigen Verein. Der Freiinnige tritt in der Theorie für das Koalitionrecht ein, wie ist es aber in der Praxis? Weil die Weber von ihrem gesetzlich gewährleisteten Rechte Gebrauch machen, wurde ihnen gekündigt. Allerdings, als Gauleiter Kollege Fritsch und unser Vorsitzender Kollege Blümel bei dem Herrn vorstellig wurden, um sein Verhalten zum Koalitionrecht klarzuhören, da erklärte er: „Organisieren könnten sich seine Leute wie und wo sie wollen, er mache es ja auch!“ Wäre die Arbeiterschaft dort organisiert, hätten die Vertreter der Organisation die Abzüge rückgängig machen können. Die Arbeiter könnten aber sehen, dass der einzelne nichts ist, nur vereint kommen wir zum Ziele. Hoffentlich tragen diese Leute dazu bei, die faulseligen Kollegen etwas zu ermuntern. Beschluss wurde in der letzten Versammlung, am 27. April ein Vergnügen abzuhalten. Unsere Mitgliederversammlungen finden jeden Sonnabend im Monat statt und werden eine Woche vorher im Verbandskalender unseres Organs bekannt gemacht.

Meinersdorf. Die streikende Arbeiterschaft der Firma Dreszel u. Günther hat am 12. April im Gaihof „Am Auenberg“ in Bülkhardtsdorf erneut eine Fabrikbesprechung abgehalten, um Stellung zu einem neuen von der betreffenden Firma gemachten Vorschlag zu nehmen. Der Tarif weist insbesondere eine scheinbare Verbesserung auf, als man die bis jetzt außer Tarif bezahlten 5 Proz. Zuschlag den Löhnen zugerechnet hat. Die Sache ist aber so, dass bei einer ganzen Masse Artikel anstatt eines Zuschlags eine Lohnförderung plazierte. Nicht abgestrichen soll werden, dass auf eine ganze Reihe von Artikeln ein Lohnaufschlag von 4 bis 10 und noch mehr Prozent erfolgt, doch werden alle Artikel, auf die ein Zuschlag erfolgt, in diesem Betrieb ganz selten gemacht, während gegenüber den Artikeln, die im Betrieb hergestellt werden, Lohnförderungen erfolgt sind. Daß die Arbeiterschaft über das Angebot enttäuscht war und unter keinen Umständen auf ein derartiges Angebot eingehen kann, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Sind auch einige kleine Aufbesserungen hier und da geboten worden, so war sich die Arbeiterschaft darüber einig, nicht eher wieder an die Aufnahme der Arbeit zu denken, bis die Herren Dreszel und Günther mehr Entgegenkommen zeigen. Die streikende Arbeiterschaft hat aus diesem Grunde einstimmig beschlossen, im Kampfe auszuharren, gibt aber dem Ausschuss anheim, auf Grund des neuen Tarifs weiter zu verhandeln. Die Arbeiterschaft in der Wirlindustrie wird um strenge Solidarität ersuchen. Ebenso wird erwartet, dass die Arbeiterschaft keine Streikarbeit für die Firma Dreszel u. Günther übernimmt. Vor allem Ihr Arbeiter und Arbeiterrinnen der Firma Mauersberger u. Kohler in Zehnsdorf, seid auf dem Posten!

M.-Gladbach. Eine am Montag, den 8. April, im Lokale des Herrn Heimt. Eberh. abgehaltene öffentliche Textilarbeiterversammlung erfreute sich eines starken Besuches. Der Referent Kollege P a n h u i s schilderte in einstündigem Niede den Verlauf der Bewegung bei der Gladbacher Wirlindustrie vom 2. April und das Verhalten der Christlichen. An der Hand der vorliegenden Protokolle der Sitzungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeberorganisation und den Christlichen zeigte Redner, wie die Arbeiterschaft von den Christlichen vertraten worden ist. Hätten jene sich Arbeitseigner nennende im Interesse der Arbeiterschaft gehandelt, so brauchte man sich nicht hinter verschlossenen Türen zu verstecken. Die christlichen Versammlungen, welche stattgefunden, hätten auf deutlichste durch ihren schlechten Besuch gezeigt, dass die Arbeiterschaft mit solcher Handlungsweise nicht zufrieden ist. Der Centralvorsteher und neugetriebene Reichstagabgeordnete Schiffer erklärte laut Bericht der „Westdeutschen Landeszeitung“, dass es ihm unverständlich wäre, wie nach einem solchen Kampfe ein so schlechter Versammlungsbefund zu verzeichnen sein könnte. Hätten die Größen, die herbeigeeilt waren, die dreiste Stirn gezeigt, sich vor den gesamten Arbeiterschaft zu reden, so wären die Versammlungen bestimmt überfüllt gewesen. Redner zeigte

dann über den Abzug von der Zusatzkantensumme für die gesetzlichen Feiertage. Die Unterredigung hierzu wurde damit zu motivieren versucht, doch ja auch für diese Feierlage seitens des Verbandes die Beitragszahlung gefordert wurde, weshalb die Zahlung der Zusatzkantensumme für die volle Woche geprägt erscheine.

Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten wurden die Besprechungen geschlossen.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß die Zusammenkünfte in Zukunft von allen Mitgliedern zu besuchen sind; denn wer Rechte beansprucht, muß sich auch seiner Pflichten erinnern und sich dort einfinden, wo derartige stiftliche Fragen diskutiert und aufgelöst behandelt werden. Dann würden sich auch alle gegen den Bevollmächtigten, der doch nur nach den ihm zugewiesenen Verhältnismäßigkeiten handeln kann, erhobenen unberechtigten Vorwürfe erübrigen und die ganze Organisationsfähigkeit viel erschöpfender gestalten. Es würde das in Anbetracht der hiesigen miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur von vorlebhaftiger Wirkung sein.

Obernkirchen. Eine öffentliche Textilarbeiterversammlung fand am 6. April im „Gasthof zur Krone“ statt. Referent war Gewerkschaftsleiter **V. ü. g. e. m. n.** Er schilderte in eingehender Weise die Entstehung und Fortentwicklung sowie den heutigen Stand der Gewerkschaften und forderte auf, mit aller Kraft darauf hinzuarbeiten, daß dem eisernen Kreise der Unternehmer und dem Prokurator der Textilarbeiter eine gebietserhebliche Halt entgegengerufen werden kann. Als Mittel dazu empfahl er die Organisation, ferner fadelle Brüderlichkeit der hiesigen christlichen Organisation in betreff öffentlicher Preisgabe der Namen der Kollegen Hage und Langemayer, was Angebereit genannt werden müsse und sehr zu verurteilen sei. Gerade jetzt, in der guten Konjunktur, sollte es sich die hiesige Arbeiterschaft angelegen lassen, die Organisation zu fördern.

Soest bei Arnsberg. Auch hier ist es nach langen Jahren gelungen, endlich wieder eine Filiale ins Leben zu rufen. In einer am 14. April abgehaltenen Mitgliederversammlung ist die Verwaltung gewählt worden, und zwar die Kollegen **A. Reifeger** als 1. Vorsitzender, **J. Wefer** als 2. Vorsitzender, **M. Wehner** als Kassierer, **A. Verschuer** als 1. und **Karl Eichels** als 2. Schriftführer. Als Revisorin wurde gewählt **C. Förster**, **Lipps** und **G. M. A. N.** An die übrigen Mitglieder richten wir nun die dringende Mahnung, den Vorstand in seinen Arbeiten zu unterstützen. Es sind in Soest noch eine ganze Anzahl Textilarbeiter für die Bewegung zu gewinnen. Tue also jeder seine Pflicht, suche jeder nach Kräften eine intensive verbrechende Tätigkeit für den Verband zu entfalten, bis auch der leile Textilarbeiter für unsere Bewegung gewonnen ist. Die Filialversammlungen finden auf Weißbuch der Versammlung vom 11. d. M. jeden 2. Sonntag im Monat statt. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, diese pünktlich zu besuchen. Der Filialvorstand wird es sich angelegen sein lassen, diese Versammlungen durch beliebende Vorträge möglichst interessant zu gestalten. Die Mitglieder haben hier Gelegenheit, sich Aufklärung und Wissen zu verschaffen. Mögen diese Bemühungen des Vorstandes, die Organisation zu heben und zu fördern, durch zahlreichen und pünktlichen Besuch der Versammlungen belohnt werden.

Bieren. Bei der Firma Medel, vormals Kesselsburg, haben in letzter Zeit verschiedene Fabrikversammlungen stattgefunden, und zwar auf Betreiben eines gewissen Herrn Pisch, welcher seit einiger Zeit hier in Bieren vom christlichen Textilarbeiterverband angestellt ist. Auf einer der Versammlungen nun fragte eine Arbeiterin über schlechten Verdienst. Sie hatte in diese Wochen 23 M. verdient. Dieser geringe Verdienst wurde durch schlechtes Material verursacht; denn wie allseitig anmerkt wurde, war die Arbeiterin eine der besten. Das sollte jedoch der Arbeiterin nicht gut bekommen, denn einige Tage nach der Versammlung traten die Ausschusmitglieder an sie heran und meinten, sie solle doch lieber aufhören, und als sich dieses noch einige Male wiederholte, hörte schließlich die Arbeiterin auf. Ob das Gebaren des Ausschusses etwas mit dem Betreiben der Firmeninhaber oder aber der Nachstenliebe der Ausschusmitglieder zu tun hat, ist (dieselben sind nämlich sämtlich Mitglieder des christlichen Verbandes), entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls aber war es recht christlich, und können wir uns das Vorgehen des Ausschusses nicht anders erklären, als daß er nach der Weise des christlichen Herren Pisch tanzen muß. Der selbe hatte nämlich auf der fraglichen Fabrikversammlung einige Briefe in Händen, welche er von den Arbeitern genannter Firma erhalten hatte, und worin die Missstände des Betriebes angegeben waren. Anstatt nun die Missstände in der Versammlung zu kritisieren, war Herr Pisch so rücksichtsvoll, dieses zu unterlassen; er schenkte nur einige Male mit den Briefen herum, um sie dann wieder in seine Tasche verschwinden zu lassen. Lebriegen soll Herr Pisch auch, wie er selbst sagte, zuweilen den Bierener Herren Fabrikanten einen Besuch abstatten. Welcher Art nun diese Besuche sind, wissen wir nicht; jedenfalls aber haben die christlich organisierten Arbeiter Bierens Ursache, sich bei dem Herren für seine Fürsorge zu bedanken. Den Arbeitern der Firma Medel aber rufen wir zu: Hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband, denn nur durch diesen ist es möglich, derartige unhaldebare Zustände zu beseitigen.

N.B. Wir möchten bei dieser Gelegenheit nicht verschließen, darum hinzuweisen, daß am Sonntag, den 21. April bei **A. Grünewald** eine Generalversammlung unserer Filiale stattfindet, wo unser Gewerkschaftsleiter **R. e. m. n.** referieren und unter anderem die Missstände in den hiesigen Betrieben kritisieren wird. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Auch werden auf dieser Versammlung Neuauflösungen entgegen genommen, und sind diesbezüglich Wünsche willkommen.

Werden. Die Monatsversammlung fand am 6. April statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde zunächst des verstorbenen Kollegen Hübner ehrend gedacht. Gegen die Aufnahme von 31 neu angemeldeten Mitgliedern wurden Einwendungen nicht erhoben. Hieraus wurde der Bericht von der letzten Aktivierung entgegen genommen. Sodann gelangte der im „Textilarbeiter“ veröffentlichte Artikel betreffend die Einführung der Streiflauftafel in der Textilindustrie zur Verlesung. In der Diskussion darüber wurde von mehreren Kollegen diese neue Maßnahme der Textilindustriellen gebührend herbedacht und zu deren intensiver Agitation für unsere Organisation aufgefordert.

In einer öffentlichen Textilarbeiterversammlung am 7. April sprach Genosse Krug über: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Webereien und sind dieselben verbessерungsbedürftig?“ In seinen zutreffenden und überzeugenden Ausführungen gab der Redner ein Bild von der mislichen Lage der hiesigen Weber und Webereitinnen. Sind doch trotz der im Preise enorm gestiegenen Lebensmittel und Gebrauchsartikel Lohn erhöhungen seit vielen Jahren nicht eingetreten. Der Goldregen der hiesigen wirtschaftlichen Hochkonjunktur ist an den hiesigen Webern spurlos vorübergegangen. Es sei deshalb dringend gebeten, daß die Arbeiter dieser Branche gecint und entschlossen mit aller Energie eine Verbesserung ihrer Lebenslage fordern. In der Diskussion sprachen sich mehrere Redner im Sinne des Referenten aus. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute, Sonntag, den 7. April, im „Bergkeller“ versammelten Textilarbeiter sind durch die heutigen Ausführungen in der schon bisher bestandenen Überzeugung wesentlich bestärkt worden, daß die Lohnverhältnisse in den hiesigen Webereien verbessерungsbedürftig sind und beauftragen deshalb den Bevollmächtigten des Textilarbeiterverbandes, Dispositionen zu treffen, damit folgende Forderungen zur Einführung gelangen:

1. Eine zwanzigprozentige Lohnerschöpfung für Webgrundlohn,
2. Abrechnen pro 100 Faden einstreng 6 M., zweitreng 10 M.,
3. alle übrigen in der Weberei vor kommenden Nebenarbeiten sind im Stundenlohn zu bezahlen und als Mindestlohn 80 Pf. pro Stunde;

4. Überstunden werden grundsätzlich nicht gemacht;

5. Abschaffung der Kündigungsszeit.

Da nun angehört der starken Unternehmertorganisationen eine dementsprechende Geschlossenheit der Arbeiter erforderlich ist, erklären die Versammlungen, während der Vorbereitung zur Bewegung die dazwischenliegende Zeit dazu zu benutzen, sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen dem Textilarbeiterverbande als Mitglieder zuzuführen, um die geplanten Fortbewegungen im gegebenen Falle mit aller Energie zu erkämpfen.“

Büttelborn. Am 7. April fand die erste Mitgliederversammlung des Textilarbeiterverbandes statt. Kollege **G. F. Schiebusch** erläuterte das Verbandsstatut und die Vorteile des Verbandes. Zum zweiten Punkt referierte Redner über die Aussperrungslastik der Unternehmer. Alsdann wurde der Vorstand gewählt. Die Unterklassierung wurde durch drei Kollegen befreit. Als Hauptklassierer bleibt bis zum 1. Juli der Kartellvorsitzende Kollege Alfred Apelt, Klasse 2. Die anwesenden Mitglieder verfolgten die Versammlung mit dem größten Interesse. Zum Schlusse forderte Gresso auf, jetzt tüchtig in die Agitation einzutreten, empfahl die Hausagitation und wünschte, daß alle an der guten Sache mitarbeiten, dann werde in kürzer Zeit ein besserer Lohn erzielt werden. Die Versammlung war gut besucht. Es wurden zehn Mitglieder aufgenommen.

Briefkasten.

Nach Lückenwalde. Ist alles in Ordnung, von uns beim Auszeichnen überschaut worden. Meldung wäre in dieser Nummer zu verzeichnen. Bitte um Entschuldigung. Gruß!

Bekanntmachungen.

Zentralvorstand.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf dem Postanweisungsbuchstift anzugeben. Jede Sendung muß mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Dadurch wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktion verlangt. Alles für diese Bestimmte muß auch von der übrigen Sendung trennt gehalten sein.

Der Vorstand.

Ortsverwaltungen.

Mülhausen i. Els. Das Mitgliedsbuch Stammmnummer 280 800, Ortsnummer 48, auf **F. Schirer Michel** lautend, ist gestohlen worden. Vermutlich hat es ein gewisser Martin Ledda, ein Österreicher, geb. 1888. Beide waren zusammen in Logia. Sämtliche Filialen ersuchen wir, bei seinem Auftauchen das Buch einzuziehen und der Filiale Mülhausen i. Els. einzufinden.

Neumünster. Die Adresse des Vorsitzenden ist jetzt: Johannes Hagedorn, Schützenstraße 26, II.

Söllingen. Gewarnt wird vor dem Weber **Johann Schäfer**, geb. am 26. Dezember 1887 zu Königbrunn bei Augsburg, der hier bei seiner Logiwirtin erhebliche Schulden hinterlassen hat.

In die Kartenschläger und Laviererinnen der Greiz-Geraer Branche!

Zu den Arbeitern und Arbeiterinnen der Textilindustrie, welche bisher von der Organisationsfähigkeit fast noch unbemerkt geblieben sind, gehören auch die in den Kleiderstoffmärkten beschäftigten Kartenschläger und Laviererinnen der Kleiderstoffbranche. Die Verhältnisse in diesem Beruf sind aber durchaus nicht derart, daß die darin beschäftigten Arbeiter für die Dauer auf die Organisation verzichten könnten. Im Gegenteil: auch dort ist es wie wo anders auch. Es existieren eine ganze Reihe von Mitgliedern, deren Befreiung im Interesse aller Berufsangehörigen liegt, was aber nur mit Hilfe der Organisation möglich ist.

Die Arbeitsverhältnisse sind zum Schaden der Arbeiter und Arbeiterinnen vollständig ungeregelt. Ein Teil der Arbeiter wird dabei immer gegen den anderen ausgespielt, wodurch natürlich jedes einige Vorgehen verhindert werden soll. Während z. B. der eine Teil im Altkordlohn beschäftigt wird, stehen andere im Wochenlohn. In der Zeit des stillen Geschäftsganges, bei ungenügender Beschäftigung tritt das am schärfsten in die Erziehung. Da müssen häufig die Wochenlöhner aussteigen, während die, welche in Altkord arbeiten, weitere Beschäftigung erhalten. Meist ist es aber ungefähr; da die Wochenlöhne durchweg sehr niedrig sind. Auf diese Art haben z. B. die Kartenschläger, welche meist im Altkord arbeiten, während der totenaison fast gar keine Beschäftigung. Solche Zustände gereichen natürlich den Arbeitgebern sehr zum Vorteil, während die Arbeiter unter allen Umständen im Nachteil sind. Eine gemeinsame Regelung, die mit Hilfe der Organisation leicht durchzuführen wäre, liegt daher durchaus im Interesse der Beteiligten. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind sowieso durchaus sehr verbessерungsbedürftig, zumal wenn man in Betracht zieht, daß zur Erklärung dieses Gewerbes eine ganz besondere Geschicklichkeit gehört.

Eine dankbare Aufgabe wäre auch die: der **H. e. m. a. r. b. t.** gewisse Sachen zu ziehen. Kommt es doch jetzt gut genug vor, daß während die im Geschäft angestellten Kartenschläger und Laviererinnen nichts zu tun haben, den Haushälterinnen die Aufträge übermittelt werden, weil sie billiger arbeiten. Manchmal mögen auch noch andere Gründe hierfür maßgebend sein.

Es liegen noch viele Missstände anzuzeigen. Das Gesagte genügt aber bereits, um zu beweisen, wie notwendig auch für die Kartenschläger und Laviererinnen der Anschluß an die Organisation, dem Deutschen Textilarbeiterverband, ist. In Gera haben sich infolge des nun bereits über 14 Jahr andauernden Streiks der Betreuerne schon eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen organisiert. Das genügt aber noch nicht. Es muß Bildung eines jeden sein, in seine Organisation einzutreten. Nur geschlossen und einig kann eine Verbesserung der Verhältnisse erreicht werden.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Überfeld. Am 11. April **Rich. Borgmann**, 71 Jahre alt — Lungenerkrankung.

Endebben. **Johann Trabant**, 76 Jahre alt — Schlaganfall.

Glauchau. **Josef Wildner**, 51 Jahre alt — Lungenerkrankung.

Hof. Am 18. April **Henriette Fröhlich**, Filzfabrikarbeiterin, 49 Jahre alt — Lungenerkrankung.

Kottbus. **Paul Bonar**, 55 Jahre alt.

Büttelborn. Am 1. April **Hermann Jeserig**, Färberarbeiter, 47 Jahre alt — Herzschwäche; am 12. April **Rinna Debe**, Kettenräderin, 17 Jahre alt — Lungenerkrankung.

Waldhausen i. Els. **Tacilia Simon**, 41 Jahre alt.

Wittau i. B. **Anna Hedwig Riebiger**, 43 Jahre alt — Prostataerkrankung.

Reudnitz. **Emil Weishaupt**, 81 Jahre alt — Nierenleiden.

Weida. **Otto Kruppel**, 27 Jahre alt — Lungentuberkulose.

Groß Düben **Hubertus**

Streitfalltafel.

(Notizen, die nicht für die nächste Woche neu eingestellt werden, finden keine Aufnahme mehr.)

Differenzen bestehen zwischen Unternehmern und Kaufmannsverein in:

Berlin (familiale Betriebe), **Basel u. St. Gallen** (Gei. f. Bandfabrikation), **Nürnberg** (Wollstoffe).

Leipzig-Lindenau (Tränker u. Bürger), **Baumwollspinnerei** in:

Zwickau i. Sa. **Bocholt i. Westf.** („Note Erde“), **Wittern** in:

Meinersdorf i. Erzgeb. (Drehsel u. Günther). — In **Auerbach i. B.** harren Teppichweberei noch immer ihrer Einstellung. — In **Düsseldorf** haben 78 Arbeiter bez. Arbeiterinnen in der **Flachsinnerei** die Arbeit niedergelegt.

Zugang nach allen diesen Orten ist streng fernzuhalten.

Versammlungskalender.

Augsburg. Sonnabend (Samstag), 20. April im „Röhrergarten“. **Augsburg-Bergsee.** Sonnabend (Samstag), 27. April, beim „Bachischen Wirt“.

Barmen-Vichterplatz. Sonnabend (Samstag), 27. April, abends 8½ Uhr, bei **Fritz Schröder**, obere Flörsdorfer Straße.

Berlin. Jeden Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei **Wittner**.

Berlin. (Sektion der Defactore.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 8 Uhr, bei **Wollmann**, Alte Zafodstraße 69; **Bahnhof**.

Berlin. (Sektion der Studier.) Jeden Freitag, abends von 8—10 Uhr bei **Engel**, Seidelstraße 20; **Bahnhof**.

Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von halb 6 bis 8 Uhr, bei **Hamann**, Marchstraße 23; **Bahnhof**.

Berlin. (Für Moabit.) **Bahnhof**: Goßkowithstraße 24 bei **Heil**.

Berlin. (Für Niedorf.) Jeden Sonnabend, abends von halb 6 bis 7 Uhr, bei **Kerger**, Zietenstraße 81; **Bahnhof**.

Berlin-Weissensee. Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei **Content**, Lehrterstraße 5; **Bahnhof**.

Berlin. (Schiffchen- und Handsticker.) Jeden Sonnabend, abends von 7—9 Uhr bei **Möller**, Landsbergerstraße 115.

Bernau. Sonnabend, 27. April, abends 8½ Uhr, im „Schützenhaus“.

Wiesbaden. Freitag, 26. April, bei **Blome**, Webereistraße 5.

Erlangen. Sonnabend (Samstag), 27. April, abends 7½ Uhr, im „Deutschen Hof“.

Gütersloh. Sonntag, 28. April, im „Gasthaus zum Löwe“, Marktplatz.

Kirberg. Sonnabend, 28. April, nachmittags 5 Uhr, im „Tivoli“.

Lahr. Sonnabend (Samstag), 27. April, abends 8 Uhr, im „Adler“.

Limbach i. S. Sonnabend, 27. April, abends 9 Uhr, im „Johannesbad“.

Lüdenscheid. Mittwoch, 17. April, abends 8 Uhr, bei **Otto Schulze**, Weidelerstr. 34.

</div